Nr. 183. Halle a. S., Freitag den 8. August 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7803

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition Geiststr. 21, Hof

Reform der Armenpflege.

Ueber dieses wichtige Thema brachte die Kommunale Praxis folgenden beachtenswerten Aufsatz:

Die Sorge für die Armen ist im rechten Sinne Aufgabe und Pflicht der Gesellschaft. Dem Armen zu helfen um seiner Armut oder vielmehr seines Menschentums willen, das müßte das Bestreben des Staates als des Organes der Gesellschaft sein. Eine hiernach geartete Armenpflege würde sich aber nicht daran genügen, dem einzelnen Armen mit Almosen beizustehen. Sie würde nicht ihre Aufgabe schon als erfüllt ansehen, wenn ein Armer in das Paradies des Armenhauses eingeht oder wenn ihm sonst ein kümmerliches Obdach zu teil wird; oder wenn ein Mensch, der am Versinken ist, wöchentlich einen Bettelpfennig erhält, mit dem der notwendigste Lebensunterhalt nicht zu bestreiten ist; und was es des Begehrenswerten sonst noch in der Armenpflege giebt. Sie würde dem Armen für das Linsengericht der Armenunterstützung auch nicht das Recht der Erstgeburt abfordern, will sagen: ihm für den Empfang der Unterstützung nicht die politischen Staatsbürgerrechte nehmen.

Aus ihr würde vielmehr ganz naturgemäß die Beseitigung der Armut überhaupt als Endergebnis hervorgehen.

Solche Tendenzen liegen aber nicht im Sinne einer Gesellschaft, die auf den Klassengegensätzen fußt; sie würde sich mit ihrer Anerkennung selbst negieren. Die Armenpflege von heute ist nicht ein durch sein Ziel geheiligtes Mittel gegen die Armut, sie ist vielmehr nur ein Nothbehelf gegen die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzeugten Notstände. Sie ist der Ausdruck des bösen Gewissens der kapitalistischen Gesellschaft!

Nur weil diese fürchtet, daß aus der allzu tiefen Armut leicht eine Gefahr für ihren Bestand entspringen könnte, greift sie „helfend" ein und zwar auch erst dann, wenn die Armut bei ihrer tiefsten Stufe, der Existenzunmöglichkeit, angelangt ist. Aus dieser Stellung der Gesellschaft zur Armenpflege ergiebt sich ihre gegenwärtig bestehende gesetzliche Regelung. Ein wesentlicher und organischer Mangel darin ist die Abwälzung der Armenlasten auf die Gemeinden. Die von der Sozialdemokratie angestrebte Reform setzt ganz richtig mit der Forderung ein, daß der Staat die Armenlasten übernehme. Diese Forderung ist ein alter Bestandteil sozialdemokratischer Aktionsprogramme und die Sozialdemokratie Sachsens hat ihr erneut Anerkennung zu teil werden lassen durch ihre Aufnahme in das im Jahre 1900 geschaffene sächsische Gemeindewahlprogramm. Die Berechtigung dieser Forderungen wird allen einleuchten, die die Armenpflege auf eine sichere Grundlage stellen wollen.

Die Folge davon, daß die einzelne Gemeinde für ihre Armen aufkommen muß, ist zunächst eine sehr ungleiche Verteilung der Lasten. Die der Art der wirtschaftlichen Verhältnisse folgende Bevölkerungsgruppierung giebt für die Verteilung der Armenlasten den Ausschlag. Für die besitzlose Klasse und namentlich für deren schlechter gestellte Schichten ist die Gefahr der Mittellosigkeit und damit der Hilfsbedürftigkeit dauernd vorhanden und so sind naturgemäß diejenigen Orte, deren Einwohnerelement aus Arbeitern besteht, auch am stärksten für die Armenpflege in Anspruch genommen. Die Vororte von Fabrikstädten oder Industriezentren und die in der Nähe größerer Unternehmungen gelegenen Gemeinden weisen häufig einen unverhältnismäßig hohen Armenetat auf. In ihnen konzentrieren sich die Massen der Arbeiter, geleitet durch die Rücksicht auf Wohnungspreise und durch andere Momente, unter denen das Verlangen nach gesellschaftlichem Anschluß an gleichgestellte Menschen nicht an letzter Stelle steht. In den Orten, die die Unternehmungen selbst beherbergen, siedeln sich in der Hauptsache die Beamten der Betriebe nebst einer ganzen Anzahl in ihrem Gefolge befindlicher Existenzen an; diese Elemente schaffen dort das gesellschaftliche Milieu, sie beeinflussen die Wohnungsverhältnisse und anderes mehr. Die besitzlose Klasse ist nur schwach vertreten, die wohlstitierte Mittelmäßigkeit ausschlaggebend; ihr Vorhandensein verursacht einen günstigen Stand der Armenlasten. In einer vortrefflichen Situation in Bezug darauf befinden sich ganz selbstverständlich diejenigen Gemeinden — von exklusiv gelegenen bäuerlichen Bezirken abgesehen —, in denen sich die Angehörigen der besitzenden Klassen niederlassen, um dem Genusse der eingeheimsten Profite zu leben: Villenorte usw. Das Verhältnis der Steuerkräfte aber bewegt sich in gerade umgekehrtem Verhältnis zu den Armenlasten. Die Gemeinden der letzten beiden Orte haben vermöge der günstigen wirtschaftlichen Lage ihrer Einwohner nicht nur fast keine Armenlasten, sondern stehen auch in ihren Steuerverhältnissen glänzend da, denn sie finden ergiebige Steuerobjekte beziehungsweise leistungsfähige Steuerzahler vor, während die Gemeinden der ersten Art ebenso arm an Steuerquellen wie reich an Hilfsbedürftigen sind.

Die Lasten aber müssen von der Gemeinde getragen, die Steuern müssen aufgebracht werden und die Steuerzahler sind deshalb in manchen Orten zu einer ganz ungeheuerlichen Abgabenleistung genötigt. So will es die Gerechtigkeit! — Die Armen müssen nicht allein den Wohlstand der Reichen schaffen, sie müssen außerdem von ihrer Notdürftigkeit noch die Opfer der wirtschaftlichen Ausbeutung mit unterhalten. Und wenn es Fälle giebt, auf welche die vorstehende Darstellung nicht zutrifft, so sind das Ausnahmen, hervorgerufen durch eigene örtliche oder sonstige Erscheinungen.

Die interessierte Seite behauptet nun allerdings, daß große kapitalistische Unternehmungen ein Segen für die Umgegend seien; sie schafften Arbeit, Verdienst und Steuerzahler. — Jawohl! Steuerzahler und zwar sehr kräftige für die eine Seite, für die andere aber Steuerzahler mit den niedrigsten Einkommen und Armut als Quelle großer Lasten! Die Folge der ungerechten Lastenverteilung sehen wir denn auch in dem Bestreben vieler Gemeinden, die Armen, wenn es angeht, abzustoßen und anderen Gemeinden zuzuschieben. Wenn ein Armenunterstützungsfall eintritt, so ist gewöhnlich die Hauptfrage nicht nach der Bedürftigkeit der betroffenen Person, sondern danach, ob nicht Umstände vorhanden sind, welche dafür sprechen, daß nicht diese sondern die andere Gemeinde zur Leistung der Unterstützung verpflichtet sei.

Selbstverständlich äußert sich das Bestreben der Gemeinden, ihren Armenetat zu entlasten, auch noch in anderen Beziehungen. Namentlich tritt das Bestreben hervor, diejenigen, von denen man befürchtet, daß sie früher oder später Ansprüche an die Armenkasse machen könnten, abzuschieben, bevor sie das Unterstützungswohnsitzrecht erlangt haben. Direkt läßt sich das Mittel freilich nicht gut anwenden, aber es thut seine Wirkung auch in anderer, indirekter und daher unfaßbarer Form; und auch da lassen sich noch verschiedene Arten des Verfahrens anwenden.

Unter mehreren Beispielen hier nur eins: Selten wird es einen Hausbesitzer geben, der das Odium auf sich nimmt, er vermehre die Armenlasten seiner kleinen, armen Gemeinde, indem er Mieter in seinem Hause behält, deren Lage die erwähnte Gefahr für die Gemeindefinanzen in sich birgt. Wenn er auch nicht aus eigenem Antriebe seinem Mieter kündigen würde, weil er vielleicht trotzalledem den Mietszins pünktlich erhält, so fügt er sich doch dem stillen Druck der „öffentlichen Meinung", die ihm, wenn nötig, beizeiten zur Kenntnis gebracht wird — er will ja nicht mit scheelen Augen angesehen sein — und so wandert sein Mieter nach einem anderen Orte, wo man ihn mit derselben liebevollen Wachsamkeit empfängt. Die Heimatlosigkeit hängt stets wie ein Damoklesschwert über seinem Haupte, bis er schließlich „landesarm" ist — womit dann dasjenige eintritt, was ihn, wenn es ihm von Anfang an beschieden gewesen wäre, vor seinen Irrfahrten bewahrt und ihn der Notwendigkeit überhoben hätte, eine vielleicht kaum gewonnene Existenz immer wieder aufzugeben.

Das ganze Verfahren ist natürlich vom Standpunkte einer rationellen Armenpflege ebenso verkehrt, wie es unmenschlich ist; es ist geradezu geeignet, den thatsächlichen Eintritt der Hilfsbedürftigkeit außerordentlich zu beschleunigen. Und doch ist es verständlich! Dadurch, daß die Armenpflege auf eine unzureichende Grundlage gestellt ist, wird eben jedes weitsichtige, im Interesse der Allgemeinheit gelegene Handeln ausgeschieden und die Kurzsichtigkeit auf den Stuhl der Weisheit gesetzt.

Schließlich wundert man sich selbst nicht mehr darüber, wenn es geschieht, daß ein Armer, Kranker, der diesseits der Gemeindegrenze kraftlos zusammenbricht, von einem Gemeindemitglied mit dem Schiebekarren auf die jenseitige Flur gebracht wird, nur um die eigene Gemeinde davor zu bewahren, für den Bedürftigen einspringen zu müssen. Unter gewissen Umständen wird auch das Ungeheuerliche verständlich, wird es begreiflich, daß nicht nur der Priester und der Levit an dem Hilfeheischenden achtlos vorübergehen, sondern daß sich sogar ein mitleidiger Samariter findet, der ihn aufhebt und der „Hilfsbereitschaft" des Nachbarn auf gut Glück überantwortet.

Klar ist nun vor allem, daß solche Verhältnisse den Bedürftigen, auf Armenunterstützung Angewiesenen nichts zu gute bringen; die Armenpflege ist ohnehin schon auf das Minimum zugeschnitten, ja, die gewährten Unterstützungen sind thatsächlich unzureichend. Und um so ungünstiger muß sich die Lage der Armen gestalten, je mehr die Armenpflege den mit ihr betrauten Faktoren als lästiges und kostspieliges Uebel erscheint. Eine Reform thut dringend not im Interesse der Hilfsbedürftigen wie auch im Interesse des Staates, der doch für die Gemeinden, die seine Bestandteile bilden und deren er zur Vollziehung seiner Funktionen bedarf, in allen Beziehungen gesunde, normale Verhältnisse gewährleisten sollte.

Wir fordern von einer Armenpflege, daß sie dem Hilfsbedürftigen ausreichende Mittel zu seiner Existenz in geeigneter

---

111] (Nachdr. verb.)

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schweichel.

Nicht seine Gründe sondern die Kraft seiner Stimme hatte gesiegt, so daß es ruhiger und ruhiger geworden war. Jetzt brach der Lärm von neuem los, man wollte niemand mehr zum Worte kommen lassen. „Abstimmen! Abstimmen!" schrien die Gegner von Menzingens, von den Sitzen aufspringend und mit den Füßen stampfend.

Eine erdrückende Mehrheit erhob die Hände für den Vorschlag Bermeters und selbst von dem Ausschusse stimmten nur wenige gegen denselben. Es sollte also um Entschuldigung und Gnade gebeten werden und Erasmus von Muslor, Konrad Eberhard und Thomas Zweifel, der Stadtschreiber und Chronist, wurden mit diesem Auftrage an den Truchseß gesendet.

Sie fanden ihn in Heidingsfeld im Pfarrhause. „Ei, kommt Ihr?" riefen ihnen die Fürsten, Grafen und Ritter, so bei ihm in der Stube waren, entgegen. „Kriecht Ihr zum Kreuz? Es ist just Zeit, wir wollten sonst schon selbst kommen sein und Euch daheim gesucht haben."

Der Truchseß selbst warf ihnen ihre Treulosigkeit gegen den Schwäbischen Bund und ihren Vertrag mit den Bauern mit den härtesten Worten vor. Demütig ließen sie den Sturm über sich ergehen, nur Thomas Zweifel beugte das Haupt nicht. Er gehörte seiner Gesinnung nach durchaus zu den Alten; aber er war ein Mann, ein ehrlicher, furchtloser Mann. Und unerschrocken trat er auch gegen die äußerst drückenden Friedensbedingungen auf, welche der Truchseß Rothenburg auferlegen wollte. Unterstützt durch die diplomatische Gewandtheit des Herrn Erasmus und nicht zum geringsten durch ein silbernes Kredenzgeschirr, welches der Rat dem Truchseß durch die Gesandten überreichen ließ, gelang es ihm, von den Forderungen manches abzuhandeln. Beionders gelang es, die verlangte Brandschatzung von 60000 Gulden auf den zehnten Teil herabzumindern. Dagegen blieb der Truchseß unbeugsam dabei, daß die Stadt dem Bunde die Bestrafung der Bauern überlasse.

Der Innere Rat krönte dann das Werk seiner Botschafter durch einen doppelten Meisterzug der Perfidie. Er legte nämlich die Brandschatzung nicht nach dem Vermögen der Bürger um, sondern verteilte sie gleichmäßig nach der Zahl der Häuser innerhalb der Ringmauern, wobei auf jedes bewohnte Haus sieben Gulden entfielen. Den Nichtzahler traf Strafe der Verbannung auf 30 Meilen Weges. Da mußten von den Aermsten viele mit Weib und Kind hinwegziehen, und entledigte sich der Rat auf diese Weise des unruhigsten Elementes der Stadt. Mit dem Einziehen der Sewer, die für die Wohlhabenden eine Kleinigkeit war, die Armen dagegen schwer drückte, wurde aber Stephan von Menzingen als einer der drei Steuerer Rothenburgs beauftragt und dadurch bei dem Volke allgemein verhaßt gemacht.

Nach der Verfassung Rothenburgs durfte kein Bürger ein ihm vom Rate übertragenes Amt ablehnen. Für Stephan von Menzingen war die Schlinge, in der man ihn fangen wollte, ein letzter Grund, um gemäß seiner jüngsten Besprechung mit Florian Geyer zu handeln. Wieder hielt er mit seinen getreuesten Anhängern im Hause des Kilian Eisfisch geheime Zusammenkünfte, und wie er, so waren auch sie von der Notwendigkeit überzeugt, ungesäumt einen entscheidenden Schlag gegen den regierenden Rat zu führen. Nur Kräuter, der in seinem Roten Hahnen die beste Gelegenheit hatte, die öffentliche Stimmung zu erkunden, war bedenklich. Noch am Pfingstsonntage war es dem Kommenthur Christan gelungen, der Entmutigung wegen der Schlacht bei Königshofen entgegenzuwirken. Gewaltig hatte er in St. Jakob gegen die Obrigkeit gepredigt und ihr die Schuld an den blutigen Verfolgungen, welche die Bauern erlitten, zugeschrieben. Denn lediglich ihre unerträgliche Bedrückung hätte die armen Leute zur Empörung getrieben, und wer sie dafür verantwortlich machte, das seien Hund und Schweine. Allein, die Kunde von der Niederlage bei Ingolstadt dämpfte die Wirkung nur allzu bald wieder und selbst Christ Heinz, Melchior Mader, Lorenz Diem mußten bekennen, daß das Volk wie ein nasser Schwamm war und nicht Feuer fangen wollte.

Es kam dazu, daß Erasmus von Muslor und Konrad Eberhard wieder an die Spitze der Regierung traten. Georg Bermeter hatte mit der ungerechten Umlage der Brandschatzung und der Bestellung von Menzingens, sie einzutreiben, der Reaktion den letzten Dienst geleistet. Belastet mit der Verantwortung für alle Maßregeln, welche die Stadt untreu gegen den Schwäbischen Bund, zweideutig gegen den Markgrafen Kasimir, treulos gegen die Bauern gemacht hatten, durfte er jetzt sein Amt niederlegen und sich in sein hübsches Haus auf der Herrengasse zurückziehen. Durch das Vertrauen aller Parteien und seinen wohlwollenden Charakter ins Amt gerufen, schied er dank seiner Schwäche aus demselben, verspottet und mißachtet von denen, die ihn mißbraucht hatten, gehaßt und verwünscht von dem Volke, das sich um die Freiheit betrogen sah. Im Gegensatz zu Mephistopheles hätte er von sich sagen können, daß er stets das Gute gewollt und stets das Böse geschaffen habe.

Wer sich irgendwie bloßgestellt oder mißliebig gemacht hatte, hielt sich fortan nicht mehr für sicher in der Stadt. Es kamen viele Bürger auf das Rathaus und zeigten an, daß sie auf die Messe nach Nördlingen oder sonst in ihren Geschäften verreisen müßten. Ehrenfried Kumpf kannte den Haß, den ihm die Geschlechter trugen, eben weil er zu ihnen gehörte, zu gut, um für sich einen Schutz darin zu sehen, daß er nur auf inständiges Bitten des Inneren Rates die Vertretung der Stadt in Würzburg übernommen hatte. Er that sich hinaus und sein ganzes Vermögen wurde mit Beschlag belegt. Selbst der junge Spelt entwich. Max Eberhard warnte das Fräulein von Badell wegen ihres Schützlings. Er selbst dachte nicht an Flucht. Wie hätte er in so gefahrvoller Zeit die Geliebte und ihre Mutter verlassen sollen? Da Dr. Karlstadt zu bekannt war, um nicht an den Thoren selbst in einer Verkleidung angehalten zu werden, so half Max dem Fräulein, dem kleinen Doktor in der Dunkelheit aus ihrem Hause in einem Korbe über die Stadtmauer hinunterlassen. „Als wie einen Minneängster, der zu seinem Lieb ins Fenster gestiegen ist," meinte das alte Fräulein und konnte bei dem Vergleich ein Auflachen nicht unterdrücken. Er entkam glücklich und beschloß sein durchstürmtes Leben friedlich als Brojessor in Basel. Auch Pater Melchior, dessen Hochzeit mit der Schwester des blinden Mönches das Fräulein in ihrem Hause ausgerichtet hatten, Valentin Ickelsamer, der Lateinlehrer, und selbst der Kommenthur Christan entkamen noch in der letzten Stunde, trotzdem das ekelhafte Geschmeiß der Angeber, das die Reaktion aus ihrem eigenen Leibe erzeugte, allerwärts umherkroch.

Gabriel Langenberger, der schwindsüchtige Wirt zum Bären, sammelte jetzt feurige Kohlen auf das Haupt des Herrn Eras-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0001

Weise bietet, daß sie den Armen nicht wie einen Lästigen, unerwünschten Mitesser behandelt, sondern daß sie ihm über seine Armut hinweg und wieder auf eigene Füße hilft. Weiterhin meinen wir, daß der Staat Mittel und Wege schaffen sollte, welche der Verarmung vorbeugen; zunächst aber ist die Besserung des Armenwesens an sich in dem obigen Sinne von der größten Wichtigkeit und deshalb verlangen wir — als Grundlage jedweder Reform —, daß die Kosten der Armenpflege vom Staate getragen werden. Dem Staate allein ist die Kraft gegeben, die Armenlasten gerecht zu verteilen, sie zwischen armen und reichen Gemeinden auszugleichen. Zwar, auch der Staat kann sich zur Beschaffung der Armenkosten nur an die Steuerzahler wenden; aber er zieht die Gesamtheit heran; er hat in seiner Hand die Mittel, um denen die Hauptlast zu geben, deren Wohlstand eine größere Leistungsfähigkeit bedingt. Die Ausübung der Armenpflege würde — unter staatlicher Aufsicht — auch nach der Durchführung der geforderten Reform den Gemeinden verbleiben, denn nur von diesen kann im einzelnen Falle das rechte Mittel ergriffen werden. Die Armenfürsorge kann aber nur dann auf die wünschenswerte Höhe gebracht werden, wenn für die Gemeinde die Kostenfrage als ausschlaggebendes Moment ausscheidet.

Zum Zollkrieg.

Die Tarifkommission erledigte gestern die Positionen 860 bis 888. An Stelle des Genossen Geyer war Gen. Bernstein in die Kommission eingetreten.

Paasche beantragt für **Zinnwaren** Zollsätze von 6 und 24 Mk. für grobe, 80 und 24 Mk. für versilberte, für feine 50 resp. 80 Mk. Zoll.

Die **Sozialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkung.

Unterabschnitt F, Nickel und Nickellegierungen.

Die Positionen 864—868 werden verbunden. Rohnickel, 864, bleibt frei; Nickel geschmiedet, 865, 12 Mk.; Draht, 866 — 12 resp. 15 Mk.; 867, Röhren 2c. 30 Mk.; 868 Waren aus Nickel 60 Mk.

Die **Sozialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen; ebenso die Anmerkung.

Unterabschnitt G, Kupfer und Kupferlegierungen.

Die Positionen 869—873 werden verbunden. 869 läßt Rohkupfer frei; 870, Stangen, Bleche 2c. 12 Mk.; 871 Eisendraht mit Kupferdraht umsponnen 12 Mk.; 872, zementierter Draht 15 Mk.; 873, Drahtstiften und -Seile 15 Mk.

Die **Sozialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Arendt beantragt zu 869, Rohkupfer 6 Mk.

Gothein beantragt, zu 871 auch zementierten Draht zu fügen und 872 zu streichen; zu 873 — 12 Mk.

Arendt: Die Kupferwaren-Industrie werde von dem von ihm beantragten Kupferzoll fast gar nicht betroffen. Die in der Kommission zu Tage getretenen Interessengegensätze unter den Schutzzöllnern könnten ihm den Schutzzoll beinahe verekeln. Aber die Lage der Kupferproduktion erfordere einen Schutz. Man habe auf die Hilfsmittel der Konfektionsindustrie Zölle gelegt, deswegen werde deren Exportfähigkeit nicht gemindert. (Widerspruch.) Um den deutschen Markt vor Ueberschwemmung mit amerikanischem Kupfer zu bewahren, müsse ein Zoll aufgelegt werden.

Bernstein: Es steht fest, daß die deutsche Kupferproduktion den inländischen Bedarf nicht deckt und von einer Notlage der Kupferproduktion nicht geredet werden könne. Der Zollsatz Arendts bedeute eine 6prozentige Steigerung des Preises, das falle für die Industrie schwer ins Gewicht. Zwar liege eine Petition aus dem Kreise Eisleben vor, in der auch Arbeiter für einen Kupferzoll eintreten. Der Petition stehe keine Erläuterung voran, fraglich, ob die Leute wußten, was sie unterschrieben, besonders, da die Bergarbeiter in jenem Kreise unter einem unerhört starken Drucke stehen. Die Sozialdemokratie könne keine Ausnahme zu gunsten eines Produktionszweiges zulassen, sie müsse das Interesse und Wohl der Allgemeinheit im Auge halten. Der Zoll auf Rohkupfer würde die englische Kupferwaren-Industrie auf Kosten der deutschen stärken; er würde auch nicht genügen, den von den Vorrednern angedeuteten Treibereien des amerikanischen Trusts entgegenzuwirken, hier könnte im Notfalle auch nur ein Einfuhrverbot helfen. Falls die Manöver des Trusts unsere Produktion wirklich schwer bedrohen würden, dann würde man in diesem Sinne unsere Hilfe finden.

Redner meint gegenüber den jüngst vom Handelsminister Möller gemachten Aeußerungen, er halte es für ausgeschlossen, daß England je die Handelsfreiheit aufgeben werde, denn damit würde es seiner Industrie den Todesstoß versetzen. Nicht trotz sondern wegen seines Freihandels zeige Englands Industrie, als Ganzes genommen, sich der drängenden Konkurrenz der anderen Industrieländer so widerstandsfähig. Wenn der Konsum im Auslande nicht Schritt halte mit der Produktion, dann müsse der Konsum zu heben versucht werden, indem man die Preise der Waren so billig wie möglich halte und so die Kaufkraft erhöhe. Redner polemisiert gegen Müller-Sagan, der ihn in Gegensatz zu den Aeußerungen Geyers habe bringen wollen. Allerdings erhalte die breite Konsumentenmasse in heutiger Zeit eine größere Bedeutung als früher, ihre Interessen müßten in der vorhin geschilderten Weise wahrgenommen werden, das stütze die Produktion. Im Gegensatz zu den Produzenten ständen die Interessen der Konsumenten nicht.

In der Kupferschmiederei wünsche man keine Belastung des Rohzolls, wir werden uns also dagegen wenden, daß die Kupferwarenindustrie geschädigt wird. Es liege auch kein Grund für einen Zoll auf Kupferdraht vor, denn auch dieser Industriezweig sei konkurrenz- und exportfähig. Man könne keine Zollmauer um Deutschland ziehen, die Retorsionsmaßregeln hervorrufe. Im Interesse der Gesamtwirtschaft müsse man für Zollfreiheit eintreten. Die Anträge auf Zollfreiheit entsprächen der einzig richtigen Wirtschaftspolitik.

Arendt beantragt zu 870, statt 12 M. 5 M. zu setzen.

Gothein erklärt, man habe schon manchmal gehört, daß der Mansfelder Bergbau im Niedergange begriffen sei, aber er sei immer wieder in gute Lage gekommen. Redner erörtert dann die Preisschwankungen des Kupfers. Die Preise für Kupfer, Eisen oder ähnliche Rohstoffe gingen in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression in der Regel zurück, dagegen helfe kein Zoll. Es sei doch nicht der Zweck des Kupfertrusts, die Preise auf die Dauer niedrig zu halten. Bei der Preistreibung nach oben profitiere dann auch der Mansfelder Kupferschieferbau.

Geheimrat Blau tritt für die Vorlage ein.

Arendt wendet sich gegen Bernsteins Ausführungen über die Verbilligung der Waren. Wenn die Billigkeit der Waren das beste sei, dann würde China als Idealstaat zu gelten haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hohe Warenpreise ermöglichten höhere Löhne.

Müller-Sagan kritisiert die beregte Petition aus dem Wahlkreise Arendts. Sonderbar sei, daß auch die unterzeichneten Postbeamten dieses Wahlkreises für den Kupferzoll schwärmten und gegen den Tarif der Regierung petitionierten. Gerade daran zeige sich, wie Petitionen leichtfertig fabriziert würden für Sonderinteressen.

Jorns weist aus den Berichten der Mansfelder Gewerkschaft nach, daß dieselbe schon gut prosperiere, nur habe sie das bekannte Unglück des Wassereinbruchs zu überwinden gehabt. Die von Arendt angeführte Petition mit 25 000 Unterschriften für den Kupferzoll sei also grundlos. Die Kupfer-Industrie dürfe nicht belastet werden. Er könne persönlich mitteilen, daß die Mansfelder Gewerkschaft nicht nur die Produktionskosten decke, sondern einen erklecklichen Ueberschuß mache.

Bernstein erwidert dem Staatssekretär, daß der Mansfelder Petition auch nicht ein Buchstabe als Erklärung, um was es sich handelt, vorgedruckt sei. Was die Billigkeit der Waren anlange, so müsse die Technik gehoben werden, die billige Preise ermögliche, ohne daß ein Druck auf die Löhne eintritt. Arendt erwidere er, Indien stehe gerade wegen seiner niedrigen Löhne wirtschaftlich tief.

Hoch bestreitet dem Staatssekretär in persönlicher Bemerkung, daß eine seiner früheren Bemerkungen so gedeutet werden könne, daß die sozialdemokratischerseits gestellten Anträge auf Zollfreiheit nicht aus sachlichen Gründen gestellt worden seien.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Der Vorsitzende bemerkt vor der Weiterberatung, daß die auf Nr. 395 gedruckten Anträge der **Sozialdemokraten** ihm vor der Drucklegung nicht vorgelegt worden seien, sonst würde er verhindert haben, daß die beantragte Anmerkung: **„Orden sind, auch wenn sie von Souveränen verliehen worden sind, nach Beschaffenheit des Materials ohne Rücksicht auf das Gewicht, keinesfalls unter 1000 Mark für jedes Stück zu verzollen,“** als Anmerkung zu Position 946, **Kinderspielzeug,** gedruckt worden sei. Daran knüpft sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, nach der der Vorsitzende erklärt, er werde eine neue Drucksache Nr. 395 herstellen lassen, ohne diese Anmerkung; er habe indes nichts dagegen einzuwenden, daß diese Anmerkung unter einer anderen Positionsnummer gedruckt werde.

Position 874, Walzen mit einer mehr als 5 Millimeter starken Kupferhaut 18 Mk.; Druckplatten 30 Mk.

Die **Sozialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Position 875, Metalltuch, Bordruckwalzen 30 Mk.

Die **Sozialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 876—880 werden verbunden. 876 Haus- und Küchengeräte, unlackiert, unpoliert 24 M.; lackiert, poliert 30 M. 877, grobe Waren 18 M.; 878, andre 30 M.; 879, Kupfer-, Tombak-, Messingwaren 60 M.; 880, feine Waren 60 resp. 30 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt zu 876 18 resp. 30 M.

Bernstein hält den Zoll nach keiner Seite berechtigt. Er scheine nur als Kompensationsobjekt dienen zu sollen; aber als solches habe er keinen Wert in Rücksicht auf die Produktions- und Ausfuhrbeziehungen der in Betracht kommenden Länder. Die Beziehungen zu andern Ländern dürften nicht gestört werden.

Regierungsrat Martin tritt für die Vorlage ein.

Zu Position 876 wird der Antrag Gothein, die übrigen Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

848, Aluminiumgespinst, wenn der Kern besteht aus Seide 500 M., aus andern Spinnstoffen 200 M.; 882, Draht, vergoldet 150 M., versilbert 100 M.; 883, unechtes Gold- und Silbergespinst, Kern: Seide — 800 M., aus andern Spinnstoffen 250 M.; 888, andre Gespinste aus unedlen Metallen 250 resp. 150 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Der Antrag Müller-Sagan, die Sätze zu Position 848 auf 250 resp. 150 M. herabzusetzen, wird angenommen. Position 882 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso 883 und 888.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle, 7. August.

Wo sind die „Hetzer“ zu suchen?

Ein erschütterndes Unglück, wie es die Primus-Katastrophe bei Hamburg gewesen ist, sollte doch den Parteihaß nicht aufkommen lassen. Anfänglich schien es auch, als ob angesichts der vielen dahingerafften Menschenleben der Parteihader nicht laut werden könne. Der Kaiser und die Kaiserin, der Reichskanzler usw. sandten Telegramme, worin sie ihrer Teilnahme Ausdruck gaben, und unter der Bürgerschaft Hamburgs wurden Sammlungen begonnen, um für die Hinterbliebenen der Ertrunkenen Unterstützungen zu beschaffen. Bei der Beerdigung der Opfer hielten unser Parteigenosse Frohme und der Pastor von Rackteschill tröstliche Ansprachen, wobei letzterer unter Hinweis auf des Nazareners Wirken besonders betonte: Es komme alles darauf an, eine echte Brüderlichkeit, eine wahre Liebesgemeinschaft der Menschen zu stande zu bringen. Daß das möglich sei, beweise diese Trauerfeier, wo neben einem Frohm ein Rackteschill stehe und beide der Bethätigung wahrer Menschenliebe das Wort redeten.

Jetzt kommt aber die Kehrseite der Medaille. Die bismarckischen Hamburger Nachrichten brachten es fertig, die allgemeine Trauer über den Verlust so vieler Menschenleben durch einen rohen Angriff auf die selbstverständlichen Ehrenbezeugungen zu stören, die die Hamburger Sozialdemokratie ihren bei dem Unglück ums Leben gekommenen Parteigenossen zu teil werden ließ. Bekanntlich besteht die Liedertafel „Treue“, die den Dampfer Primus gemietet hatte, aus Parteigenossen. Die Hamburger Nachrichten schreiben über das Leichenbegängnis:

„. . . in diesem Zuge spielten die sozialdemokratischen Parteiführer, Parteifahnen, Gewerkschaftsfahnen, Deputationen mit rothebänderten Kränzen usw. die Hauptrolle, und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Altona, Herr Frohme, bezeichnete die sämtlichen Toten als die „Unsrigen“ und hielt im Verein mit den Eilbecker Pastoren Ansprachen und schritt mit ihnen gemeinsam hinter den Särgen. Wer will nun beweisen, daß alle die Toten, denen man auf diese Weise sozialdemokratisch huldigte, Sozialdemokraten gewesen sind? . . . und wenn doch, was hatte der Altonaer Abgeordnete Frohme, was die Parteifahne, was hatten die zahllosen anderen sozialdemokratischen Vereins- und Klubfahnen in dem Zuge zu thun, was die Deputationen der Vereine, zu denen die Verunglückten in gar keiner Beziehung standen? . . . War es wirklich Mitleid mit den bedauernswerten Opfern der Katastrophe? Gewiß nicht! Bot sich doch durch diese Demonstration wieder einmal eine passende Gelegenheit, die „Arbeiterbataillone“, die Bedeutung des „Proletariats“, der großen Menge vor die Augen zu führen . . . Es war schon von vornherein ein Fehler, in den Hilfsausschuß „Vertreter der Sozialdemokratie“ zu wählen . . . Mit Beratungs- und Stimmrecht offiziell Vertreter der Sozialdemokratie zum Ausschuß hinzu zu ziehen, war grundverkehrt . . . Das Traurige aber ist, daß viele Leute, angeekelt durch die sozialdemokratische Parade-Demonstration, sich der Bitte um Hilfeleistung verschließen, weil sie eine solche Verherrlichung der Sozialdemokratie nicht unterstützen wollen.“

Eine derartige Gefühlsroheit leistet sich ein Blatt, das sich angeblich den Schutz der christlichen Gesellschaftsordnung zur Aufgabe gemacht hat. Ein schönes Beispiel für den „gemütvollen deutschen Bürgersinn“! Gegen Leute, die etwas

---

mus und dieser dankte ihm nicht mehr mit notdürftig verhehltem Ekel. Der Patriot wollte in seinem Gasthause haben munkeln hören, daß die Flüchtlinge mit Hilfe der Bauern und im Einverständnis mit ihren zurückgebliebenen Freunden die Stadt zu überfallen beabsichtigten; den Verkehr sollten die Franziskaner vermitteln. Ohne Zeitverlust nötigte der Rat die Mönche, ihr Kloster an der Burg mit einem Bruderhause im Herzen der Stadt zu vertauschen. Dem Stadthauptmann Albrecht von Adelsheim befahl er, um die Bauern einzuschüchtern, Schwarzenbronn, die Geburtsstätte des langen Hienhart, Neuzenbronn, die Pfarre Leonhard Denners, Spielbach und etliche andere Dörfer nieder zu brennen. Hieronymus Hassel und noch einige Junker begleiteten ihn und seine Knechte wie auf einer lustigen Badfahrt.

Nun entschloß sich auch Stephan von Menzingen, die Stadt einstweilen zu meiden. Es wurde ihm nachgerade deutlich, daß er auf Schritt und Tritt von des Rates Spähern umschlichen wurde. Waren seine ehrgeizigen Pläne unausführbar, so blieb ihm doch die Vergeltung an seinen Feinden sicher. Er wollte zu dem Markgrafen Kasimir. Seines Schutzes war er gewiß und nicht minder, wie er ihn kannte, daß er Rothenburg sein hinterhaltiges Benehmen teuer bezahlen lassen würde.

Es war Kirchweih in Rothenburg. Von dem fröhlichen Leben und Treiben, das sonst an diesem Tage in der Stadt herrschte, war heuer nichts zu spüren. Keine Maien und Tannen schmückten die Häuser, und die Bürger, die das Recht besaßen, ihren eigenen Wein auszuschenken, hatten in ihren geräumigen Vorhäusern die langen Tische und Bänke fast umsonst ausgestellt. Furcht und Erbitterung hielten die ländliche Bevölkerung fern, die sonst an diesem Sonntage in hellen Scharen zur Stadt strömte. Den Hausierern und dem fahrenden Volk der Quacksalber, Gaukler und Lustigmacher wehrte die geheime Furcht des Rates den Einlaß. Während in seinem Hause die Pferde bereit gestellt wurden, hörte Stephan von Menzingen den Dr. Deutschlin ein letztes Mal in St. Jakob predigen. Um seinen Reise-Anzug zu verbergen, hatte er einen seinen Kamelotmantel übergeworfen. Mit Kilian Eichlich verließ er die Kirche und blieb am Rathause vor der Bude eines Goldschmiedes im Gespräche mit ihm stehen. „Halte die Freunde zusammen,“ so lautetete sein letztes Wort. „Im Süden und Westen steigen allbereits die Wetter auf.“ Da fielen plötzlich die Stadtknechte über ihn, überwältigten ihn und schleppten ihn zum Turm, ehe er sein Schwert unter dem langen Mantel hatte stehen können. „Helft, Ihr Bürger! Helft, Ihr Brüder!“ rief er den Leuten auf dem Marktplatze zu. Aber es rührte sich keine Hand und eine Stimme schrie: „Nieder, die Bruderschaft hat ein End'!“

Nur Dr. Deutschlin fühlte Erbarmen mit ihm und bat auf der Kanzel, daß man Mitleid mit dem gefangenen Bruder haben, ihn aus dem Gefängnisse erretten möge. Da ließ der Rat auch ihn greifen und zugleich den blinden Mönch.

Florian Geyer hatte schon am Abend des zweiten Feiertages vor Thoresschluß Rothenburg wieder verlassen. Er durfte seinem eisernen Körper auch noch die neue Anstrengung zumuten. Stephan von Menzingen hatte ihn mit seinem kräftigsten Pferde beritten gemacht. Um dem Heere des Truchseß, von dem er Würzburg bereits eingeschlossen wähnen mußte, auszuweichen, ging er bei Klein-Ochsenfurt auf das rechte Mainufer über. Der abnehmende Mond kam herauf und schwamm auf der Himmelsblaue wie ein Boot auf dem Wasser eines stillen Bergsees langsam dahin. Sein mildes Licht löste allmählich die hohe geistige Anspannung, in der sich der einsame Reiter nun schon seit zweimal vierundzwanzig Stunden befand. Freundlichere Bilder und Gedanken tauchten in ihm auf und drängten die politischen und kriegerischen Erwägungen zurück. Er hatte Else und ihre Mutter noch gesprochen, bevor er zu Pferde gestiegen war. Nun vergegenwärtigte er sich wieder das klare, tiefe und bei allem Ernste doch so weibliche milde Wesen des edel schönen Mädchens, er hatte sie lieb gewonnen wie eine junge Schwester, und er dachte daran, daß, so heftig gärend auch die Gegenwart, die Zukunft Deutschlands geborgen sei, so lange es noch solche Frauen wie Else besaß. Sie leitete ihn zu seinem eigenen Weihe hinüber, und das bevorstehende Wiedersehen von Frau und Kind, wenn es auch nur kurz sein konnte, veranlaßte ihn, seinen Gaul, den er in einen gemächlichen Schritt hatte fallen lassen, wieder anzutreiben. Auf vielfach sich kreuzenden Landwegen erreichte er über Rottendorf und Lengfeld das Stammhaus der Grumbachs, als die Sonne zu seiner Rechten schon seit einigen Stunden herausgekommen war und den alten Truthaus mit ihrem Lichte verjüngte.

Rimpar lag innerhalb der scharfen Biegung, mit welcher die von Osten kommende Pleichach gen Süden sich wendet, um bei Würzburg in den Main zu münden, nachdem sie ein liebliches Thal zwischen mäßigen Höhen in vielfachen Windungen durchflossen hat. Der Boden, auf dem die sehr geräumige Burg stand, erhob sich nur wenige Fuß über den Spiegel des rasch hingleitenden Flüßchens, das ihre Mauern und Türme im Norden und Westen bespülte. Feiter als durch die Natur war Rimpar durch die Kunst; seine Ringmauern, Türme und Thore waren von einer erstaunlichen Dicke. Ob sie aber den Ungeheuern von Mauerbrechern, wie der Scharfmetze, der Nachtigall, der Singerin, die eben das Licht der Welt zu erblicken begannen, zu widerstehen vermochten, mußte sich erst noch ausweisen. Die Zerstörungswut ist erfindungsreicher als die Verteidigung und daran sind bis jetzt noch alle Völker zu Grunde gegangen. Der Haupteingang zur Burg befand sich auf der Westseite, wo in geringer Entfernung von ihr die elenden Hütten des Dorfes Rimpar am Fuße einer Höhe sich hinstreckten. Gen Norden, jenseits der Pleichach, bedeckte der Gramschatzer Wald, der westlich an den Main lehnte, unabsehbar das Hügelland.

Auf diesen und das Dorf schauten die Fenster der beiden Stuben, die Frau Barbara Geyer bewohnte. Es waren dieselben, die sie schon als Mädchen behaust hatten. Vor den westlichen Fenstern befand sich ein plumper Balkon und darunter lag der kleine Burggarten. Die Stallungen, Vorratshäuser und Knechtwohnungen lagen auf der Ostseite. Das Schloß selbst bildete ein Viereck mit einem hohen Wartturm, dem Bergfrit, in der Mitte.

Frau Barbara winkte dem Gatten ihren Willkomm vom Balkon zu. In einem Morgenrocke von weißem Linnen, umwogt von ihrem rothblonden Gelock, die Wangen hochgerötet, so stand sie droben. Sie hatte sich eben das Haar ordnen wollen, als sie seine Einlaß begehrende Stimme vernahm, und war hinausgeflogen. Einige Augenblicke später schlug er ihre hohe, volle Gestalt in seine Arme. „Gott sei Dank, daß Du endlich da bist,“ seufzte sie auf und schaute ihm in die ernsten Augen, die voll Liebe auf ihr ruhten. Es verriet sich in den Worten mehr als die Sehnsucht nach ihm, die ihr fast unerträglich geworden war, seit ihr Bruder ihr seinen letzten Gruß gebracht und sie nun jeden Tag sein Kommen erwartet hatte. Sie fühlte sich von einer drückenden Last befreit, der Last der Einsamkeit und der Unthätigkeit. Denn war Rimpar auch ihr Vaterhaus, so hatte sie doch in demselben nichts mehr zu schaffen, nicht mehr in die Wirtschaft einzugreifen, wie vor ihrer Verheiratung und wie sie es auf Giebelstadt gewohnt war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0002

derartiges schreiben und zustimmend lesen können, ist nur rücksichtsloser Kampf möglich. Dies Beispiel zeigt wieder einmal, daß ein großer Teil unserer Ordnungsstützen jede Gelegenheit zum Hetzen und Wühlen ergreift. Die Frucht ihrer Hetzarbeit werden sie schon noch ernten.

Eine Spitzbuben-Akademie in den Kruppschen Wohlfahrts-Anstalten.

Wiederholt gingen Notizen durch die Blätter, aus denen zu schließen war, in Essen, dem Königreiche Krupp, müsse eine „Hochschule" für Langfinger eingerichtet sein. Natürlich wurden solche Nachrichten immer dementiert. Es wäre doch zu blamabel, wenn im Kruppschen Wohlfahrtsreiche, wo die Arbeiter nach Schilderung der verpflichteten Presse ein wahres Götterleben führen müßten, eine Brutstätte von Verbrechen sich hätte entwickeln können. Und doch ist es so! Und die Verbrecherschule befindet sich auf einer Kruppschen — Wohlfahrtskolonie!

Die ältesten Paläste der Kruppschen Villenkolonien bestehen aus ungekellerten Holzgebäuden, in denen in kleinen Wohnungen dicht gedrängt meist die am schlechtesten gelohnten und kinderreichsten Arbeiterfamilien wohnen. Daß das enge Zusammenwohnen in mangelhaften Wohnungen demoralisierend auf die heranwachsende Jugend wirkte, braucht nicht zu verwundern. Wie aber die Jugend auf der Kruppschen Kolonie verwahrloste, zeigen folgende Thatsachen: Nach der Eingemeindung Altendorfs in Essen kam auch die besagte Kolonie unter Aufsicht der Essener Polizei. Diese fand Merkmale, die schließen ließen, daß die Kolonie der Wohnort vieler Taschendiebe sein müsse. Die Polizei observierte scharf und konnte in wenigen Wochen zirka 70 Spitzbuben aus der Kruppschen Wohlfahrtskolonie herausholen! Es sind fast lauter junge Burschen, die dort bei ihren Eltern wohnten. Vor einigen Wochen ist von den Burschen, die übrigens gefürchtet sind und besonders in der Dunkelheit das Passieren der Kolonie nicht rätlich erscheinen lassen, ein Polizeibeamter ohne die geringste Veranlassung schenßlich mißhandelt worden.

Von dem Skandal dringt nichts in die Oeffentlichkeit. Wohl um das Renommee der Kruppschen Villen-Kolonien nicht zu gefährden, schweigt sich die gesamte ordnungstreue Presse darüber aus.

Schöne Worte.

Die offiziöse Berliner Korrespondenz schreibt über das Thema: Eisenbahnbeamte und Sozialpolitik:

„In dem vor kurzem herausgekommenen neuesten Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik befindet sich auch eine sozialwissenschaftliche Studie „Zur sozialen Lage der Eisenbahner in Preußen" von Waldemar Zimmermann. In der Presse wird bei dieser Gelegenheit vielfach bemängelt, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten im Jahre 1898 einen Antrag des Vereins für Sozialpolitik, eingehende Erörterungen über die Verhältnisse der unteren Beamten und Arbeiter der preußischen Staatseisenbahnverwaltung anzustellen, abgelehnt habe, und zwar ohne Angabe von Gründen. Die letztere Behauptung ist insofern unzutreffend, als die Ablehnung (wie in der Einleitung der Schrift selbst bestätigt, übrigens auch in einigen Zeitungen ausdrücklich vermerkt wird) damit begründet war, daß durch die alljährlichen Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen und durch die Etats ausführliches Material über diese Verhältnisse bekannt gegeben wird. Daß derartigen Erhebungen, selbst wenn sie unter der Führung eines so angesehenen Vereins wie des Vereins für Sozialpolitik, dem auch hohe Beamte des Arbeitsministeriums und der Staatseisenbahnverwaltung angehören, veranstaltet werden, mancherlei naheliegende Bedenken entgegenstehen, wurde übrigens, wenn wir uns recht erinnern, auch damals schon von vielen Seiten anerkannt.

Im übrigen ist der Minister stets darauf bedacht, die soziale Lage der zahlreichen Beamten und Arbeiter seiner Verwaltung nach Möglichkeit zu verbessern. Er wird zweifellos Anlaß nehmen, die weiteren Anregungen auf diesem Gebiete, die die Zimmermannsche ebenso von ernstem Wohlwollen für die Eisenbahnbediensteten, als von aufrichtiger Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnen grade auch auf sozialem Gebiete erfüllte Abhandlung schon bei flüchtiger Durchsicht bietet, auf das eingehendste zu prüfen."

Derartige schöne Versicherungen haben die Herren Minister schon oft gegeben. Jedoch den schönen Worten sind nur selten entsprechende Thaten gefolgt. Wollte man ernstlich bessern, dann brauchte man nicht gegen ein Hineinleuchten in die Zustände so „mancherlei Bedenken" haben.

Arme reiche Leute. In Berlin ist zur Zeit der Verbandstag des preußischen Landesverbandes städtischer Haus- und Grundbesitzervereine. In dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht heißt es: „Es läßt sich nicht mehr leugnen, daß der Haus- und Grundbesitz heute gezwungen ist, nach zwei Seiten kämpfen zu müssen, von unten gegen den Anprall der besitzlosen Masse, die den Uebergang von Grund und Boden in das allgemeine Eigentum fordert, Hand in Hand mit den demselben Ziele zustrebenden Bodenreformern, auf der andern Seite von oben — gegen Behörden, Ministerien, Kommunalverwaltungen usw. Diese kokettieren und liebäugeln mit den Forderungen der sog. Humanitätsbestrebungen und reichen diesen in der Bekämpfung des seßhaften Bürgertums gerne und freudig die Hand. Wir stellen uns nicht gern als die patentierten Stützen von Thron und Altar hin, aber wir dürfen es ruhig aussprechen, daß eine große Gefahr für den Staat darin liegt, sollte der heute schon vorhandene Ueberdruß am Besitze eines eignen Heims, ein Ueberdruß, hervorgerufen durch steuerliche und verwaltungstechnische Bedrückungen aller Art, noch weiter um sich greifen."

Es wird höchste Zeit, daß den armen geplagten Hausbesitzern durch die sozialdemokratische Forderung auf Vergesellschaftung von Grund und Boden geholfen wird. Ihr Los ist in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wirklich bejammernswert.

Die Freiheit des Wortes an deutschen Universitäten, die sich in der Kieler Simplicissimus-Affaire so prächtig offenbart hat, wird vom Vorwärts ebenfalls illustriert. Er schreibt in Bezug auf die Berliner Universität: Vor etwa einem Jahre veröffentlichte ein Berliner Student in der Berliner Hochschul-Zeitung einen Artikel: „Wo bleibt die deutsche Studentenschaft", in dem die deutschen Studenten zu einer Sympathiekundgebung für die geknuteten russischen Studenten aufgefordert wurden. Kaum war dies Verbrechen verübt, da wurde der Sünder vor den Universitätsskadi zitiert. — Als strafverschärfend bezeichnete es der Universitätsrichter Daude, daß sich — der Vorwärts der Sache bemächtigt und — wörtlich — „einen Speech daran geknüpft habe".

Der Student kam allen Weiterungen zuvor und machte sich von der akademischen „Freiheit" schleunigst frei!

Zum Kaufskit beim Technikum in Köthen. Der stellvertretende Direktor des Technikums, Perwo, hatte die Beschuldigungen gegen den Direktor Dr. Holzapfel wegen Fälschung der Abgangszeugnisse als „verleumderisch" bezeichnet. Demgegenüber schreibt Herr Harpurg im Anhalt. Courrier u. a.: „Ich habe die Ausführung der Handlungen Holzapfels mit eigenen Augen gesehen und habe mich zur eidlichen Erhärtung aller meiner Angaben verpflichtet, auch weitere Belastungszeugen namhaft gemacht. Aus eigener Anschauung weiß Herr Perwo gar nichts über die Sache, um die es sich handelt, er erklärt die Beschuldigungen frischweg für verleumderisch, ohne erst den Ausgang des gerichtlichen Verfahrens abzuwarten. Ich halte alle meine Aussagen über Dr. Holzapfel in allen Punkten aufrecht."

Eine „Kaninchen"-Erbschaft. Der in der Schweiz verstorbene frühere Besitzer des Rittergutes Christinenfelde (Kreis Tuchel) hat seinen ganzen Nachlaß, mit Ausnahme weniger Legate, im Betrage von 500 000 Mark der Stadt Gnesen vermacht, zur Erziehung polnischer junger Leute.

Aus der bairischen Kammer. Genosse Vollmar stellte in der Kammer der Abgeordneten den Antrag, sämtlichen Staatsangestellten, die ein Gehalt von 1020 Mk. jährlich beziehen, einen Wohnungsgeldzuschuß von 45 Mk. jährlich zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Die sonstige Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses wurde mit Rücksicht auf die Finanzlage zurückgestellt.

Das Zentrum bleibt in Bezug auf die Forderungen zu Kunstzwecken dickköpfig. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer lehnte wiederum die vom Reichsrate hergestellten Forderungen im Kulturetat ab.

Ausland.

Oestreich. Der galizische Landarbeiterstreik veranlaßt die Regierung zu den gesetzwidrigsten Maßnahmen. Das Versammlungsrecht und das Preßgesetz ist einfach aufgehoben worden. Das Krakauer Parteiorgan wird regelmäßig jeden Tag konfisziert, selbst dann, wenn es die Artikel der Arbeiterzeitung zitiert. — In Lemberg wurde von der sozialdemokratischen Partei eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Bauernstreiks" einberufen. Die Versammlung wurde von der Polizei verboten mit der Begründung, daß „der Ton, in welchem der Naprzod über die Streiks schreibt", Anlaß zur Besorgnis der Störung der öffentlichen Ruhe geben wird.

Frankreich. Zum Kulturkampfe. Der katholische Priester Gayraud hat in verschiedenen bretonischen Gemeinden Vorträge gehalten. Ueberall predigte er Ruhe, forderte aber die Bevölkerung auf, gegen die Schließung der Ordensschulen zu protestieren. In Sully mußte die Marquise Mac Mahon und ihre Mitschwestern mit Gewalt aus der Ordensschule entfernt werden. In Navoire weigerten sich die Schwestern, die Schule zu verlassen. Der Polizeikommissar ließ Maurer kommen, um das Schulgebäude niederzureißen. Die Bevölkerung drohte jedoch den Maurern mit dem Tode, worauf diese sich weigerten, die Arbeit auszuführen. — Im Departement Saone et Loire mußte der Kommissar die Thüren mit der Axt einschlagen lassen. In Ploermel fand eine heftige Kundgebung statt. Berittene Gendarmen drangen in den mit Frauen und Kindern angefüllten Schulhof, wobei mehrere von ihnen verletzt, zahlreiche verhaftet und sofort zu 100 Frks. Geldbuße verurteilt wurden.

— Einen sozialistischen Mißerfolg haben die Gemeindewahlen in Marseille ergeben, der bisherige sozialistisch-gueßdistische Bürgermeister wurde geschlagen. Er erhielt 27 911 Stimmen, sein Gegner 36 179.

Die Jaurèsische Petite Republique bedauert zwar den Ausgang der Wahlen, ist von ihm aber durchaus nicht überrascht. Es sei gar nicht anders zu erwarten gewesen, als daß die Koalition alle reaktionären Elemente, Nationalisten, Klerikalen, Opportunisten und Radikalen, die unter dem Titel „Republikanische Union" zusammengetreten waren, den Sozialisten eine Niederlage bereiten würden. Das Unternehmertum, die Finanz-, Justiz- und die Verwaltungsbehörden hätten alle dazu beigetragen, um die verhaßten Kollektivisten aus dem Stadthaus zu vertreiben. Immerhin sei es den Sozialisten möglich gewesen, sich in einer Stadt 10 Jahre am Ruder zu erhalten, wo es sonst üblich war, daß bei jeder Wahl eine andere Partei zum Siege gelangte. Das Blatt erwartet gerade von der Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten eine Stärkung der letzteren.

Das republikanische Bourgeisblatt Temps giebt seiner Freude über die sozialistische Niederlage in Marseille Ausdruck. Es zieht eine Parallele zwischen Genua und Marseille; das erstere beginne den Hafen von Marseille mehr und mehr zu überflügeln, „es entwickele sich zur Königin des Mittelmeeres". Daran sei schuld die sozialistische Herrschaft in der französischen Hafenstadt. Um seine Suprematie zu behalten, müßten diese „ewigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit" aufhören, müßte Marseille von der „Tyrannei der Kollektivisten" befreit werden. Das genannte Blatt stützt sich bei seinen Ausführungen auf eine Schrift des französischen Konsuls in Genua und hofft, daß Marseille nunmehr einen großen Aufschwung nehmen werde.

Der Temps und der französische Konsul, auf den sich das Blatt beruft, hauen vollkommen daneben. Wenn die hochgehenden Wogen der Arbeiterbewegung, wenn Streiks schuld sein sollen, die Prosperität einer Stadt einzuschränken, so müßte Handel und Schiffahrt in Genua ganz und gar darniederliegen, denn es giebt kaum eine Stadt Italiens, in der in den letzten Jahren so viel gestreikt worden wäre wie in Genua. Fast kein Beruf, der nicht in die Streikbewegung eingetreten wäre; in erster Reihe gerade diejenigen des Handels und der Schiffahrt. Die Streiks in Genua sind auch meist erfolgreich für die Arbeiter verlaufen, sie haben Lohnerhöhungen durchgedrückt und haben sich Organisationen geschaffen. Es wird im Gegenteil der Schluß zu ziehen sein, daß ihre verbesserte Lebenslage, ihr erhöhtes Einkommen nicht ohne günstige Rückwirkung gewesen sein wird auf die Entwickelung des Hafens und der Stadt, auf das Wohlbefinden der Allgemeinheit.

— Von bürgerlicher Seite wird noch vom Mittwoch gemeldet: Die Wahl des republikanisch-antikollektivistischen Bürgermeisters veranlaßte in der gestrigen Gemeinderats-Sitzung tumultuöse Auftritte. Die Sozialisten protestierten gegen die Wahl; schließlich kam es zu einem Handgemenge. Zwölf Gemeinderäte wurden verhaftet.

Belgien. Streik in der Spielhölle. Die Kroupiers in der internationalen Spielhölle in Spaa streiken, weil ihnen das Nehmen von Trinkgeldern verboten worden ist. Es ist gegen die Streikenden sogar Gendarmerie aufgeboten worden. Die Direktion des Kasinos hat „Streikbrecher" sogar aus Monaco geholt.

Für die ganze belgische Spielhöllen-Wirtschaft ist folgendes von großem Interesse: Während der letzten Session wurde von der Kammer und dem Senat ein Gesetz votiert, das den belgischen Spielhöllen den herbsten Schlag zu versetzen geeignet ist, wenn es sie nicht ganz beseitigt.

Dieses Gesetz liegt seitdem in dem Ministerium und wartet auf die Sanktion — des Königs. Aber dieser macht keine Miene, das in aller Form votierte Gesetz zu unterzeichnen. Warum zögert der König? Nun, die Spatzen pfeifen es übrigens von den Dächern. Leopold II. ist bei der Sache stark interessiert. Hier heißt es: Erst das Geschäft, dann — Sanktion.

Italien. Klassenjustiz. Der Apellationshof von Turin verurteilte dieser Tage Pampione, den Redakteur des sozialistischen Grido del Popolo zu 4½ Monaten Gefängnis. Er war angeklagt, zum Haß aufgereizt zu haben durch einen Artikel, der z. B. des Gasarbeiterstreiks in Turin erschienen ist.

In Spoleto wurden 12 Landarbeiter zu je 2 Monaten und einer zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie sollen gegen den § 154 (der § 153 des deutschen Str.-G.-B.) verstoßen haben, indem sie während des letzten Landarbeiterstreiks Gewalthätigkeiten und Bedrohungen begangen haben sollen.

Spanien. Der Ministerpräsident Sagasta will abdanken, weil seine Mission mit dem Regierungsantritt des „jungen, intelligenten Herrschers" erfüllt sei. Sagasta ist 75 Jahre alt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **In die Freiheit zurückgekehrt** ist in der vorigen Woche Gen. Dr. Holtmann, Redakteur der Böttcher-Zeitung, nachdem er vier Wochen die „Annehmlichkeiten" des Gefängnislebens kennen lernte. Unser Genosse wurde mit dem Flechten von Fußmatten beschäftigt, infolgedessen ihm die Hände stark geschwollen waren. Hat so und unter der Nahrung sein Körper gelitten, so ist doch sein Geist ungebeugt und seine Kampfeslust hat nur zugenommen. Möge dem Genossen, der im 60. Lebensjahre steht, noch manches Jahr gegen unseren gemeinsamen Feind zu kämpfen vergönnt sein.

§ **Wegen Beleidigung eines Baumeisters** ist der verantwortliche Redakteur des Hamburger Echo, Genosse Wabersky, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Obermeister der „Bauhütte", W. Lummert, hatte sich dadurch beleidigt gefühlt, daß das Echo das nicht eingehaltene Versprechen der Meister einen Wortbruch genannt hatte. Für das Urteil kam als Hauptgrund in Betracht, daß „kein rechtlich bindendes Versprechen", den neunstündigen Arbeitstag bei 70 Pf. Stundenlohn einzuführen, vorgelegen" habe und dem Angeklagten es offenbar darauf angekommen sei, dem Obermeister einen Hieb zu versetzen. Da die Angaben des Angeklagten im übrigen glaubhaft erschienen, sei auf eine so geringe Strafe erkannt worden.

Parteinachrichten.

— **Gründe sind wohlfeil wie Brombeeren** denkt die Justizbehörde in Breslau, wenn es sich darum handelt, der sozialdemokratischen Presse ein berechtigtes Verlangen abzuschlagen. Seit 7 Jahren versucht unser Breslauer Parteiorgan, die Erlaubnis zur Teilnahme von Berichterstattern an den Gerichtsverhandlungen des Breslauer Landgerichts zu erhalten, bis heute jedoch vergeblich. 1895 wurde Genosse Neukirch abgewiesen, weil er „zu jung" war; kurze Zeit darauf Genosse Sachs, weil die Zeitung „Volkswacht" zu oft mit dem Gericht in Konflikt kommt. 1900 erfolgte die Abweisung, weil Genosse Bruhns zu oft vorbestraft war, und vor einigen Tagen erhielt der unbestrafte Genosse Kaul einen ablehnenden Bescheid auf sein Gesuch um Zulassung und zwar jetzt wieder einmal, weil die Zeitung zu oft vorbestraft ist.

Das Turnen und der Arbeiterturnerbund.

Und noch eine Erwiderung!

Unter dieser Rubrik versuchte ein Herr Schmöller aus Keuschberg den „Arbeiterturnerbund" bloßzustellen und wollte zeigen, wie „neutral" die „Deutsche Turnerschaft" sei. Fürs erste ärgerte er sich darüber, daß der Arbeiterturnerbund das Preisturnen bekämpft, nun das ist ganz einfach, da will ich gleich einmal auf „das Wesen der friedlichen Wettkämpfe bei Turnfesten usw." eingehen. Nun, Herr Schm., da sehen Sie mal genau hin, wie „friedlich" es bei dem Preisturnen zugeht. Z. B. Nr. 30 „Deutsche Turnzeitung": Ein Verein hatte sich ein paar Preise geholt oder erschunden; aus Neid darüber wurde er von einem anderen Vereine beim Abmarsch mit Hohnrufen überschüttet. Dann weiter, wie im Jahre 1890 beim Gauturnfest des Süd-Holsteinischen Turngaues zwei „Sieger", die beim Verteilen der Preise sich benachteiligt glaubten, die Kränze vor der Preisrichtertribüne zerrissen und mit Füßen traten, die Preisrichter mit „Ochsen" und „Dummen Jungen" betitelten und eine Keilerei mit Mühe und Not unterdrückt wurde. (Sehr friedlich!) Oder nennen Sie, Herr Schm., es friedlich, wenn jemand als „Turner" engagiert wird und wenn er seiner Pflicht als Turner nicht nachkommt, vom Prinzipal entlassen wird? Wo liegt in dem Preisturnen „der ideale Wert und die werbende Kraft"? Na, da will ich einmal ein Beispiel anführen: Vor einigen Jahren hielt der Hamburger Turngau der Deutschen Turnerschaft sein Gauturnfest ab. Jeder Turner, der einen Preis erringen wollte, mußte 9 Punkte im volkstümlichen Turnen haben, um beim Geräteturnen überhaupt gewertet zu werden. Das „Abrackern" und „Abschinden" beim Gewichtheben kann sich da wohl ein jeder vorstellen, wie die Wetturner mit der letzten Anspannung ihrer Kräfte noch einmal das Gewicht durchzudrücken versuchten, wie die Fragezeichen sahen da diese Kerlchen aus. Die Folge davon ist, daß sich später eine Muskelverzerrung oder ein Herzfehler einstellt. Nachher laufen die „Sieger" mit einem Eichenkranze auf dem Haupte umher und sehen mit Verachtung auf die „Unterlegenen" herab. Na, kurz und gut, es kommt einem vor, als befände man sich auf einer Mastviehausstellung; das beste Stück Vieh wird prämiiert, erhält eine Nummer und einen Eichenkranz um seine Hörner gewunden — gerade wie beim Preisturnen. Nun schreibt Herr Schmöller, „in der Deutschen Turnerschaft" könne jeder nach seiner Façon selig werden", na, ich danke. Warum sind so viele Turner, welche sich als Sozialdemokraten hervorthaten, ausgeschlossen worden? Warum wird von Ihren Festrednern gewöhnlich auf die „bösen Roten" geschimpft? Man muß den Kopf unwillkürlich schütteln, wenn man Arbeiter (auch gewerkschaftlich organisierte) auf Turnplätzen sieht, wo der Festredner über die Sozialdemokratie schimpft. Das Bedauernswerteste ist, daß diese Turner nicht einmal den Mut haben, einem derartigen Vereine den Rücken zu kehren. Oft ist es auch schon vorgekommen, daß sie mithelfen die Arbeiter-Turnvereine bei den Behörden anzuschwärzen und die Lokale abzutreiben. Gerade herausgesagt, sie lassen sich eben als Staffage benutzen. Daß sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter zu patriotischen Festen hergiebt, wie Herr Schmöller in seinem Beweis anführt, davon ist uns nichts bekannt. Solchen Blödsinn, die Turnerei sei bei den Arbeiter-Turnvereinen nur ein Aushängeschild, die Politik wäre die Hauptsache, zu widerlegen, halte ich für überflüssig. Die Umwandlung der vier F (frisch, fromm, fröhlich, frei) hat's ihm auch angethan; nun, ich halte es für schöner, wenn es heißt: Frisch, frei, stark, treu. Denn das zweite F (fromm), hm, das klingt so eigentümlich, wie — na — wie — laßt euch nur unterjochen und duckt euch hübsch. Zum Schluß möchte ich noch einmal an die fünf Sinne der Arbeiter-Turner appellieren, daß sie sich die Sache einmal gründlich überlegen, dann können sie zu keinem anderen Entschluß kommen, als dem, daß sie Mann für Mann in den „Arbeiter-Turnerbund" gehen, wo sie hingehören. Macht euch frei von dem Gängelbande der Deutschen Turnerschaft.

Frei Heil! K. B.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0003

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.

3.24 V. — 5.45 V. — 7.50 V. S. 1-3. — 10.00 V. D. 1-2. — 10.26 V. S. — 10.32 — 10.48 V. S. 1-3 11.22 V. S. 1-3. — 11.30 — 1.09 N. D. 1-2. — 1.16 N. — 2.10 N. — 4.00 N. S. 1-3. — 5.45 N. — 7.20 N. [bis Merseburg]. — 7.50 N. S. 1-3. — 9.50 Ab. [fährt bis Köfen]. 2-3. — 10.55 Ab. 11.31 Ab. D. 1-2. — 11.46 Ab.

Richtung Berlin.

3.44 V. S. 1-3. — 4.45 V. D. 1-2. — 5.00 — 6.56 V. D. 1-2. — 7.03 V. — 9.06 V. S. 1-3. — 11.00 V. — 2.10 N. — 2.46 N. D. 1-2. — 3.20 S. — 4.41 N. D. 1-2. — 5.38 N. S. 1-3. — 5.45 N. — 6.44 Ab. S. 1-3. — 8.17 Ab. S. 1-3. — 8.50 Ab. [bis Wittenberg]. — 9.28 Ab. D. 1-2. — 12.22 Ab.

Richtung Leipzig.

2.57 V. — 4.33 V. — 5.43 V. — 7.30 V. — 7.45 V. S. 1-3. — 8.30 V. S. 1-3. — 9.15 V. — 10.22 V. — 10.48 V. S. 1-3. — 12.15 N. — 1.40 N. — 3.19 N. — 5.07 N. S. 1-3. — 5.35 N. S. 1-3. — 6.30 N. — 7.16 Ab. — 8.42 Ab. — 9.23 Ab. — 10.30 S. 1-3 — 10.50 S. 1-3 — 11.10 Ab. S. 1-3. — 12.00 Ab.

Richtung Magdeburg.

4.55 V. — 7.00 V. 1-3 — 10.00 V. — 10.57 V. S. 1-3. — 1.40 N. — 3.45 N. — 5.53 N. 7.14 Ab. S. 1-3. — 8.51 Ab. — 10.42 Ab. S. 1-3. — 12.22 Ab. [fährt bis Köthen].

Richtung Eisleben-Nordhausen-Kassel.

5.25 V. — 6.57 V. [fährt bis Sangerhausen]. — 7.00 V. — 9.10 V. — 11.02 V. S. 1-3. — 12.15 Mitt. [fährt bis Eisleben]. — 2.15 N. — 3.54 N. D. 1-2. — 4.02 N. 1-3. — 6.00 N. — 9.30 Ab. [fährt bis Eisleben]. — 10.40 Ab. S. 1-3. — 11.31 Ab.

Richtung Aschersleben.

4.50 V. — 6.32 S. 1-3. — 7.55 — 11.32 — 1.41 N. S. 1-3. — 3.42 — 6.18 N. — 10.39 Ab. [ab Halberstadt Schnellzug].

Richtung Sorau-Guben.

7.45 V. S. 1-3. — 7.53 V. — 11.34 V. — 3.00 N. S. 1-3. — 6.25 N. — 11.25 Ab. [fährt bis Torgau].

Richtung Hettstedt.

6.00 V. — 10.00 V. — 2.00 N. — 3.00 N. [bis Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. 6.30 — 7.30 — Außer vorstehenden fahren an Sonn- und Festtagen nach Dölau noch folgende Züge: 2.30 N., 3.30 N., 4.00 N., 4.30 N., 6.00 N., 7.00 N., 8.00 N., 9.20 N.

Ankunft:

Richtung Thüringen.

3.40 V. S. 1-3 [von München über Zeitz]. — 4.41 V. D. 1-2. — 5.38 V. [kommt von Merseburg]. — 6.34 V. [kommt von Erfurt]. — 6.52 V. D. 1-2 [von Stuttgart u. Mailand]. — 9.2 V. S. 1-3. — 9.51 V. — 12.17 N. — 1.04 N. — 2.32 N. S. 1-3. — 4.39 N. D. 1-2 [von München über Jena]. — 5.05 N. — 5.23 N. S. 1-3. — 6.40 N. S. — 8.13 Ab. S. 1-3 [v. München u. Stuttgart]. — 8.34 Ab. — 9.21 Ab. D. 1-2. — 10.48 Ab. — 11.55 Ab.

Richtung Berlin.

3.19 V. — 4.37 V. — 7.38 V. [kommt von Wittenberg]. — 9.55 V. D. 1-2. — 10.15 V. — 10.22 V. 1-3. — 10.44 S. 1-3. — 11.18 S. 1-3. — 1.05 N. D 1-2. — 2.00 — 3.40 S. — 3.50 D. 1-2 — 5.19 — 7.32 Ab. S. 1-3. — 9.04 Ab. — 10.32 Ab. D. 1-2. — 11.18 Ab. — 11.27 D. 1-2.

Richtung Leipzig.

4.45 V. — 6.20 V. — 6.30 V. S. 1-3 — 6.50 S. 1-3 — 7.46 — 9.53 — 10.40 S. 1-3. — 10.55 V. S. 1-3. 1.08 N. — 1.38 N. S. 1-3. — 3.37 N. — 4.28 N. — 5.30 N. — 6.53 N. [verkehrt nur Werktags]. — 7.10 N. S. 1-3. — 7.55 Ab. — 8.41 Ab. 1-3. — 9.41 Ab. — 10.24 Ab. — 10.40 Ab. S. 1-3. — 12.16 Ab.

Richtung Magdeburg.

2.45 V. — 6.40 V. [kommt von Köthen]. — 7.38 V. S. 1-3. — 8.27 V. S. 1-3 — 9.48 V. — 10.39 V. S. 1-3. — 1.00 N. — 3.11 N. — 5.03 N. S. 1-3. — 7.00 Ab. — 9.14 Ab. — 10.28 Ab. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Eisleben.

6.45 V. — 7.20 V. S. 1-3. — 9.50 V. — 1.22 N. — 2.42 N. D. 1-2. — 2.55 N. S. 1-3. — 4.36 N. — 5.23 N. — 7.32 Ab. — 8.04 Ab. S. 1-3. — 10.27 Ab. — 11.00 Ab. (nur Sonn- u. Festtags)

Richtung Aschersleben.

5.37 V. [kommt von Könnern und verkehrt nur Werktags]. — 7.19 V. [von Halberstadt]. — 10.13 V. — 12.41 N. — 4.57 N. — 5.32 N. S. 1-3. — 9.14 Ab. — 10.48 Ab. S. 1-3 — 11.38 Ab.

Richtung Sorau-Guben.

6.36 V. [kommt von Torgau]. — 10.16 V. — 1.02 N. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien]. — 3.35 N. [kommt von Cottbus]. — 7.43 Ab. — 10.04 Ab. — 10.28 Ab. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien].

Richtung Hettstedt.

6.44 V. — 12.25 N. — 4.20 N. [von Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. — 5.21 N. 7.20 N. — 9.05 Ab. — Außer vorstehenden kommen an Sonn- und Festtagen von Dölau noch folgende Züge: 2.50 N., 3.20 N., 3.50 N., 5.50 N., 6.20 N., 6.50 N., 7.50 N., 8.50 N., 10.10 Ab.

Sozialdemokr. Verein Teuchern.

Sonntag den 10. August nachmittags 5 Uhr im „Grünen Baum"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Steuereinnahme und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl der Delegierten zum Kreistag. 3. Verschiedenes.

Die Mitgleder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Metallarbeiterverbd. Merseburg.

Sonntag den 10. August von nachm. 3 Uhr ab in der „Funkenburg"

Stiftungsfest

bestehend in **Konzert, Herrenpreisschießen, Herren- und Damenpreiskegeln, Verlosung preiswerter Gegenstände, Kinderbelustigung.**
Abends 6 Uhr: **Kinderpolonaise. Aufsteigen eines Riesenluftballons.**
Nach dem Konzert: **Ball mit freier Nacht.**
Programm am Eingang. Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Das Komitee.

Erklärung.

Sander's Rabattmarken

können in allen Geschäften anstatt **Geld** in Zahlung gegeben werden und werden den geehrten Geschäftsinhabern **ohne Verlust** in Geld wieder eingelöst.

Arthur & Richard Sander

Grosse Ulrichstrasse 57
Hof links part.

Referenzen: **Bankhaus Calmann,** Hamburg.
Bankhaus St. Pauli Creditbank, Hamburg.
Bankhaus H. F. Lehmann, Halle a. S.
Geschäftshaus W. Klöpper, Hamburg.
Geschäftshaus C. H. Carstens, Hamburg.

Karl Kautsky.

Sozialreform u. soziale Revolution.

Preis **40** Pf.

Am Tage nach der sozialen Revolution.

Preis **30** Pf.

Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Neu! Das Neu!

Konsumvereinswesen in Deutschland.

Seine volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung.
Von **Reinhold Riehn,** Doktor der Staatswissenschaft.
Preis **3** Mark.

Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung
Geiststraße 21.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Glänzendes Variété-Programm.

Die **Egger-Rieser-Truppe,** Tyroler Sänger und Schuhplattler. — **Harry Hoppkens.** der große Welten-Mimiker. — **Scot Bros,** Original-akrobatischer Transformationsakt. Gänzlich neues Genre. — **Frères Kulper,** akrobatisch-exzentrische Instrumental-Virtuosen. — **Rudo Kröhl,** japanischer Fantasie-Illusionist. — **Mlle. Mary.** Metamorphose humoristique, feenhafte Original-Lichteffekte. — **Louise Dumont.** Tanz-Soubrette. — **Moritz Heyden,** der hier allgemein beliebte Original-Gesangs-Humorist.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller**
am Riedeckplatz, nächste Nähe des Hauptbahnhofes.

Der völlig neue große Spielplan:

The great Kioto,
„Das Wunder der Equilibristik".
Allabendlich stürmischer Erfolg!
Anita Graciella
mit ihrem brillanten Dressurakt von Papageien und Kakadus.
Ferry u. Perry, Grotesk-Tänzerinnen. Einz. in ihrer Art existierend.
Max Larsens Burlesken-Ensemble
3 Damen. 5 Herren
mit den beiden urkom. Burlesken:
„Ein Universalmittel" und
„Die Kompagnie-Mutter".
Außerd. das übrige Glanzprogramm.
Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Freitag **Schlachtefest.**
G. Gerig, Rosenstr. 2.

Freitag
Schlachte-Fest.
Joh. Fischer,
Gr. Gosenstr. 7.

Freitag
Schlachtefest.
J. Bause
Advokatenweg 30.

Heute Donnerstag fr. Wurst u. Bratwurst
F. Bermich, Zeitz, Mittelstr.

Freitag **Schlachtefest.**
Franz Heilmann
Zeitz, Nikolaistraße 6.

C. 9. 8. 8.

Neue saure Gurken

prima Ware, à Schock 2.40 Mk.
offeriert
Karl Lange,
Fernspr. 1086. **Kl. Ulrichstraße 26.**
Daselbst sind Krautabfälle abzuholen.

Altes Gold, Silber, Ahren, Münzen, Pfandscheine u. dgl. kauft
Pohlmann, Goldarb., Dachritzst. 6, I.

Vom Büchermarkt.

Arbeiterrecht von Stadthagen Geb. 5.50 Mk.
Bürgerliches Gesetzbuch mit volkstümlichen Erläuterungen.
Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.
Leipziger Hochverratsprozeß. Prozeß wider Liebknecht, Bebel u. Hepner. Preis 5 Mk.
Das Kapital von Marx.
Liebknechts Fremdwörterbuch.
Corvins Pfaffenspiegel.
In freien Stunden. I., II., III., IV. und V. Jahrgang, geb.
Neue Zeit. Diverse Jahrgänge, geb.
Die illustrierte Welt der Erfindungen von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, à 6.50 Mk., Halbfranz, à 7.50 Mk. und 2 Supplement-Bände.
Das Werden des Menschen von Dr. Eckrud. Preis geb. 6 Mk.
Krankheit oder Verbrechen? von Dr. G. H. Berndt.
Illustrierte Weltgeschichte von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, à 5.50 Mk., Halbfranz, à 6.50 Mk.
Der gesunde und kranke Mensch von Dr. König. Preis 12.50 Mk.
Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen von Kampffmeyer. Preis 1.50 Mk.
Das natürliche Werden der Lebewesen von Dr. Roller. Preis geb. 3.75 Mk.
Ein Held des Geistes und des Schwertes von O. Walster. Preis 2.50 Mk.
Kraft und Stoff von Dr. Büchner. Preis 6.50 Mk.
Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Geb. 1 Mk.
Es werde Licht! Poesien von Leopold Jacoby.
Lichtstrahlen der Poesie von Max Kegel. Preis 3.50 Mk.
Albert Dulks Gedichte. Preis 1.50 Mk.
Gratulationsgedichte und Vorträge zu allen festlichen Gelegenheiten für die Kinder des Proletariats. Preis 60 Pfg.
Wider Junkertum und Pickelhaube von Rud. Krafft, Premierleutnant a. D. Preis 40 Pf.
Die versunkene Glocke von Gerhardt Hauptmann. Preis 4.50 Mk.
Schillers Werke. Preis (2 Bände) 4 Mk.
Göthes Werke.
Ibsens Werke u. v. a.
Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. Eine Rede von Paul Göhre. Preis 10 Pf.
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring. Gesamtpreis 7.20 Mk., in Heften à 20 Pf.
Sammlung gesellschafts-wissenschaftlicher Aufsätze. Herausgeber Ed. Fuchs. Preis pro Band Mk. 2.50.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung.

Grude-Oefen

in allen Preislagen v. 5.50 M.
an empfiehlt
K. Feustel, Schlossermeister
Kuttelhof 8 u. Herrenstr. 11.

Edelrad-Fahrräder

Deutsche Präzisionsarbeit, spielend leichter Lauf, größte Stabilität u. Tragfähigkeit. Auf Wunsch jed. Maschine 14 Tage zur Probe. Preisliste gratis. Schneidige Halbrenner v. 85 Mk. an bis zu den feinsten Luxusmodellen.

Edelrad-Fahrrad-Manufaktur Steinau a. O. 41.

Möbel,

Spiegel, Polsterwaren
kauft man am allerbilligsten nur bei
Siegmund Rosenberg.
Geiststraße 21, 1 Treppe.

Achtung, Zeitz.

Ein Posten **Damen-Knopfstiefel,** hell, à Paar 3.50 M. abzugeben
Herm. Reich, Posaerstr. 27.

Neue saure Gurken

à Schock 2.25 M. empfiehlt
T. Zirkenbach
Fernsprecher 2759.

Eine frdl. Wohnung, 2 St., K., K. u. Zubeh. 1. Okt. zu verm. Beesenerstr. 3.

Inserate

sowie Abonnements

fürs Volksblatt

nehmen an

Gust. Blum,
Bitterfeld,
Dessauerstraße 17.

Wilhelm Otto
Teuchern.

Fr. Röder,
Naumburg, Michaelisstraße 16.

Gustav Doering,
Eisleben,
Lindenstraße 7.

Theodor Albrecht,
Lützen.

Frisch eingetroffen:
Schellfisch, Kabliau, Seehecht.
Fdr. Blume, Glauchaerstr. 2.

Ehrenerklärung.

Ich nehme hiermit die Beleidigung, die ich gegen den Vorstand des Allgem. Konsum-Vereins zu Nietleben Herrn Franz Engelhardt gethan habe, zurück und erkläre, daß meine diesbezüglichen Aeußerungen auf Unwahrheit beruhen.
Nietleben d. 7. Aug. Ernst Pilger.

Die gegen die Händlerin **Friderike Bringmann** ausgesprochene Beleidigung nehme ich hierdurch zurück und dieselbe für eine ehrenhafte Person.
Lina Renneberg.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 183 — Halle a. S., Freitag den 8. August 1902. — 13. Jahrg.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitags findet der diesjährige in **München** statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 7 Uhr

nach **München** in das Lokal:

Schwabinger Brauerei, Leopoldstraße 82,

ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 14. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung. Konstituierung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, 15. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Rosenow.
4. Die bevorstehende Reichstags-Wahl. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Arbeiterversicherung. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Dr. Lindemann.
7. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
8. Anträge zum Programm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Parteigenossen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags — wir verweisen nur auf die Verhandlungen über die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen — richtet der Parteivorstand die Aufforderung an Euch, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die Wahl der Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 2. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Partei-Organisation im Vorwärts veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und ev. weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Ludwig Pickelmann, München, Sendlingerstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30,

zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im Vorwärts noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, 28. Juli 1902.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Bericht

über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der **Kolonial-Etat** erfordert in diesem Jahre bei einer Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben von 37 402 496 Mk. einen Reichszuschuß aus den Taschen der Steuerzahler von **28 961 600 Mk.** Im Etat für 1902 betragen die

	Einnahmen und Ausgaben	der Reichszuschuß
für das ostafrikanische Schutzgebiet	8 051 496 Mk.	4 865 200 Mk.
„ Kamerun	4 236 600 „	2 205 100 „
„ Togo	1 650 000 „	1 015 000 „
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet	9 458 000 „	7 634 900 „
„ Neu-Guinea	822 000 „	722 300 „
„ die Karolinen-, Palau-Inseln und Mariannen	388 100 „	305 900 „
„ Samoa	441 400 „	170 400 „
„ Kiautschou	12 404 000 „	12 044 000 „
Summa	37 402 496 Mk.	28 961 600 Mk.

Besser als lange Ausführungen zeigen diese Zahlen die Wertlosigkeit unsres kolonialen Besitzes, der sich nicht durch seine eignen wirtschaftlichen Hilfskräfte, sondern nur durch die Zuwendungen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler erhält. Die Kolonialpolitik, die Begleiterscheinung der Marine- und Weltpolitik, ist eine Last für das Volk, aber ein gutes Geschäft für die herrschenden Klassen. Der Reichszuschuß sichert Reedern und Großkaufleuten profitable Lieferungen und Leistungen aller Art. Dabei risikieren sie keinen Pfennig. Zum umgekehrten Verhältnis zu dem „patriotischen" Eifer, mit welchen die Mehrheitsparteien die Reichszuschüsse bald „im Interesse der Missionen," bald „im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung unsrer Schutzgebiete" verlangen, steht die weise Vorsicht, mit welcher die „patriotischen" Kapitalisten sich hüten, auch nur einen verdammten Heller aus eigner Tasche in den Kolonien anzulegen.

Auf die Länge der Zeit bewirkt der Besitz der Kolonien das Heranwachsen einer besonderen Kolonialbureaukratie, die dem deutschen Steuerzahler ebenso kostspielig zu werden verspricht wie der Kolonial-Militarismus. Für die Kolonien ist die Reichstagsmajorität außerordentlich freigebig. Hat sie in diesem Jahre doch sogar einer „Auskunftsstelle für Auswanderer", deren Verwaltung sich in den Händen der privaten und noch dazu parteipolitischen „Deutschen Kolonialgesellschaft" befindet, 30 000 Mk. erstmalig bewilligt. Diese Auskunftsstelle ist ein Werbebureau für die Auswanderung in die afrikanischen Kolonien. Nachdem nun die Reichstagsmehrheit einmal Zuschuß bewilligt hat, werden weitere Forderungen nicht auf sich warten lassen.

Für die Kolonialbureaukratie genügen bereits die Räume im Auswärtigen Amte nicht mehr. Es wurden deshalb die Grundstücke Wilhelmstraße 62 und Mauerstraße 45/46 zu Berlin, die der Fürstin Luise von Hohenzollern gehörten, angekauft, um dort die Dienstgebäude der Kolonialverwaltung einzurichten. Für diesen Zweck bewilligte der Reichstag einen Kaufpreis von 2½ Millionen Mark (erste Rate 1 278 000 M.). Von unserm Redner wurde der Wert der Grundstücke auf höchstens 1½ Millionen Mark taxiert und vor dem Kaufe gewarnt. Aber die Mehrheit bewilligte in namentlicher Abstimmung, unter braver Mitwirkung vor allem des Zentrums, der Antisemiten, Nationalliberalen und Freisinnigen Vereinigung, die verlangte Summe.

Ebenso bewilligungsfroh war diese Mehrheit bei allen sonstigen Forderungen für die Kolonien. Für eine Telegraphenlinie von Dar es Salaam nach Tabora bewilligte sie einen Zuschuß von 168 000 M., und aus den Mitteln der Reichspostverwaltung als erste Rate 300 000 M. Dagegen fand sie sich mit allen Klagen über die Zustände in den Kolonien leicht ab. Unser Fraktionsredner konnte über grausame Mißhandlungen von Kameruner Eingeborenen berichten. Solche als Arbeiter auf Plantagen verwendete Schwarze waren wegen irgend welcher Vergehen gepfählt, ihre Hände mit Spiritus begossen und dieser darauf angezündet worden. Diese Dinge konnte der Kolonialdirektor nicht bestreiten; er verwies nur darauf, daß die betreffenden Kaufleute bestraft worden seien. Die Thatsache aber, daß solche Grausamkeiten seitens der Europäer sich immer wieder ereignen, zeigt doch am besten, von welcher Art die „Kultur" ist, die die Europäer dort drüben verbreiten.

Andrerseits verstehen sich die Eingeborenen andrer Kolonien, so z. B. Samoas, darauf, den deutschen Geldbeutel auszunutzen, als ob sie waschechte ostelbische Agrarier wären. So klagte die Regierung selbst über die Begehrlichkeit der Häuptlinge, die für die Erhebung der Kopfsteuern Gehälter verlangen und „Liebesgaben und Geschenke" haben wollen. (Gouverneur Dr. Solf.)

Auch an der asiatischen Küste wird der Boden von Kiautschou bearbeitet mit immer erneuten und vergrößerten Millionenopfern aus den Taschen der deutschen Steuerzahler. Dabei ist eine dauernde militärische Besatzung nötig, um Deutschland den „kostbaren" Besitz zu erhalten.

Die Fraktion hatte daher auch gegenüber der Kolonialpolitik auf ihrem alten Standpunkte verharrt: dieser kapitalistisch-militaristischen Kolonisation keinen Mann und keinen Groschen.

Die **Zölle und Verbrauchssteuern** erreichen für das Rechnungsjahr 1902 folgenden Betrag:

Zölle		483 651 000 M.
Tabaksteuer		12 108 000 „
Zuckersteuer		114 897 000 „
Salzsteuer		49 320 000 „
Branntweinsteuer:		
a) Maischbottichsteuer	16 863 000	
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag	110 592 000	
		127 455 000 „
Brausteuer u. Uebergangsabgabe vom Bier		31 580 000 „
Aversa (Abfindungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)		72 690 „
Insgesamt		819 083 690 M.

Diese Zölle und Verbrauchsabgaben ruhen als schwere Last auf den Schultern der breiten Volksmassen. Sie verteuern den Lebensunterhalt und tragen mit bei zur Verelendung der Arbeiterfamilien. Sie verteuern die wesentlichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in folgender Weise:

1 Kilogramm Brot mit 4 Pfg., 1 Kilogramm Fleisch mit 15 Pf., 1 Kilogramm Schmalz mit 10 Pf., 1 Kilogramm Speck mit 20 Pf., 1 Kilogramm Reis mit 4 Pf., 1 Kilogramm Salz mit 12 Pf., 1 Kilogramm Zucker mit 20 Pf., 1 Kilogramm Kaffee mit 40 Pf., 1 Kilogramm Gewürz mit 50 Pf., 1 Kilogramm deutschen Tabak mit 22 Pf., 1 Kilogramm ausländischen Tabak mit 85 Pf., 1 Zigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit ½—1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 28 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf.

Die unersättliche Habgier der herrschenden Klassen strebt jetzt durch die Hinaustreibung der Zölle nach einer noch höheren Belastung unsrer notwendigsten Lebensmittel. Dagegen richtete sich der Kampf unsrer Fraktion, von welchem zumal die Zolltarif-Debatten Zeugnis ablegen.

Die ungeheuren Opfer, die, trotz der schlechten Finanzlage, Deutschland für Militarismus und Marinismus aufbringt, bewirken, daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen werden und damit die Summe der **Reichsschulden** sich in beständiger Steigerung befindet. Sie betrug 1880: 387 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418 Millionen Mark, **1902: 2515 Millionen Mark.** Zu ihrer **Verzinsung** erforderte diese Reichs-Schuldiumme 1881: 11 Millionen Mark, 1891: 55 Millionen Mark, **1902: 93,6 Millionen Mark.**

Bei der Beratung des **Reichs-Justizetats** brachte unsere Fraktion unter anderem den Fall Bredenbeck zur Sprache. Die Behandlung unseres Genossen, der, als Redakteur unseres Dortmunder Parteiorgans, gefesselt durch die Straßen Dortmunds transportiert wurde, ein Vorgang, den seine tief erschütterten Angehörigen, seine Mutter, seine Frau, seine Brüder mit ansehen mußten, hat die Aufmerksamkeit der weitesten Oeffentlichkeit wiederum auf die Art gelenkt, wie Polizei und Justiz in Deutschland mit Schriftstellern und Redakteuren verfahren, die irgend eines Preßvergehens schuldig sind. Unsere Fraktion benutzte das Vorkommnis zur Geißelung des ganzen Systems. Ihr Redner hielt demgegenüber die rücksichtsvolle Behandlung, die dem Prinzen Arenberg zu teil geworden war, und verlangte, daß endlich einmal in der Behandlung aller politischen Gefangenen eine Aenderung eintrete. Weiter erstreckte sich unsere Kritik auf die bekannte Anwendung des Erpressungsparagraphen auf die Gewerkschaften, die verlangte den Schutz des Koalitionsrechts und eine zeitgemäße Revision des Strafgesetzbuchs. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt erwiderte darauf in der bei ihm gewohnten Weise. Die einzelnen vorgebrachten Beschwerden gehen ihn nichts an, da sie in die Ressorts der Minister einzelner Bundesstaaten gehören. Die Notwendigkeit der Reform des Strafvollzugs ist schon seit 20 Jahren bekannt. Aber diese Reform ist zu schwierig, um von heute auf morgen erledigt zu werden. Die Fesselung Bredenbecks haben die zuständigen Instanzen nicht für richtig gehalten, und es steht zu hoffen, daß sich Gleiches nicht wieder ereignen wird usw. Weniger dieses Verhalten der Reichsregierung als das Verhalten der bürgerlichen Parteien trägt die Schuld an solchen Vorkommnissen, wie es die Behandlung unserer Redakteure ist. Mit ein paar matten Redensarten gingen die bürgerlichen Parteien darüber hinweg, und die Nationalliberalen brachten es sogar fertig, über die angeblich zu geringe Bestrafung der Beleidigungen zu lamentieren. Dies Verhalten der bürgerlichen Parteien wurde von unseren Rednern gebührend gegeißelt und darauf verwiesen, daß wir die Reform des Strafvollzugs längst hätten, wenn nur der Reichstag sie mit der nötigen Energie fordere.

An der Spitze der **Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung** stand in diesem Jahre als neuer Leiter Herr Kraetke. Herr v. Podbielski, die Hoffnung der Junker, ist in das preußische Landwirtschafts-Ministerium übergesiedelt, so daß der Reichstag mit ihm nur noch hier und da als urwüchsigem Anwalt junkerlicher Interessen zu thun bekommt. Dem neuen Postminister Herrn Kraetke kam der Reichstag nicht unfreundlich entgegen. Im Gegensatz zu seinem temperamentvollen Vorgänger bietet er vorläufig wenig Angriffspunkte, da man noch nicht weiß, wie sich unter ihm die Reichspost entwickeln wird, der Minister aber das Bestreben zeigt, beklagte Mißstände nach Möglichkeit abzustellen. Unsre Fraktion forderte Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Maßnahmen gegen ihr Wohnungselend. Sie wandte sich in ihrer Kritik der Postbehörden gegen vorgekommene Fälle von Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, gegen dienstliche Ueberlastung von Unterbeamten. Ein Redner übte an der Portofreiheit, welche fürstlichen Persönlichkeiten gewährt wird, Kritik und es wurde festgestellt, daß von den Höfen auch für deren Telephongespräche keine Gebühren erhoben würden.

Das **Reichs-Eisenbahnamt** ist im Grunde nichts als eine besondere Abteilung des preußischen Eisenbahnministeriums. Der Geist desselben schwebt auch über den Maßnahmen des Reichs-Eisenbahnamts. Die Ueberschußwirtschaft des preußischen Eisenbahnministers duldet im Reiche ebenso wenig die Durchführung der dringend notwendigen Tarifreform wie in Preußen. Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts ließ sich auf eine Erörterung über die Tarifreform nicht ein und die von unsrer Seite erhobenen wahlbegründeten Klagen über die Eisenbahnunfälle beantwortete er mit dem Trost, daß ja die Zahl dieser Unfälle nicht zugenommen habe, denn nicht auf die Zahl der verletzten Personen komme es an, sondern auf die Zahl der Unfälle an sich. Natürlich wandte sich hiergegen unser Fraktionsredner, wie wir durch ihn auch wiederum energisch die Verbilligung der Tarife verlangten, gerade im Interesse der Arbeiterklasse, deren soziale Lage dadurch ganz wesentlich gebessert wird, daß man es ihr möglich macht, den Aufenthaltsort rasch und billig zu wechseln. Während das ausbeuterische Junkertum durch hohe Tarife es den Arbeitern möglichst erschweren will, der Knute des Junkers zu entfliehen und über die „Eisenbahnvagabundage" Klage führt, sind wir der Ansicht, daß unsre Bevölkerung viel zu seßhaft ist und eine durch billige Eisenbahntarife herbeigeführte größere Beweglichkeit derselben von besserndem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein wird. Unsre Fraktion wird deshalb, soweit hierzu der Reichstag überhaupt im stande ist, stets hinwirken auf volkstümliche Reformen im Eisenbahnwesen und Bruch mit der kapitalistischen Ueberschußwirtschaft.

Gesetzentwürfe.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der **Strandungsordnung** giebt der Behörde das Recht, die Beseitigung der im Fahrwasser, auf der Reede oder im Hafen hilflos treibenden Wracks oder sonstiger auf den Grund gesunkener Gegenstände zu veranlassen. Sobald die Behörde eingeschritten ist, darf ohne Genehmigung derselben niemand mehr etwas vom Wrack weg schaffen. Zur Kostendeckung der Beseitigung kann die Behörde die beseitigten Gegenstände öffentlich verkaufen, so weit nicht Sicherheit gestellt ist. — Der Gesetzentwurf bot keinen Anlaß zu Debatten und wurde angenommen. Um so lebhaftere Debatten rief die Seemannsordnung hervor. Bei dieser Gesetzesmaterie standen sich die Interessen der Reeder und der Seeleute scharf gegenüber. Man kennt die Praktiken unsrer Reeder, die sich oft durch das schwierigste Leutschinden zu Millionären herauf „arbeiten". Vor der Ausbeutung des Schiffskapitals die Seeleute nach Möglichkeit zu schützen, erachteten wir als unsre besondere Pflicht. Die **Seemannsordnung** und die mit ihr zusammenhängenden Gesetze: **Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittelung für Schiffsleute, Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handels-Gesetzbuches,** war bereits in der vorigen Session in Kommissionsberatung gewesen. In dieser Session war sie wieder vorgelegt worden, ohne daß die Regierung von den damaligen Kommissionsbeschlüssen Notiz genommen hätte. Die Gesetzentwürfe blieben auch den vorigen Sommer wieder in der Kommission stecken und wurden erst in diesem Winter aufgearbeitet. Unter unsern Gegnern waren in erster Linie die Nationalliberalen die wildesten Anwalte des Reeder-Interesses.

Man sah bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß all das „wirtschaftlich Freiheitliche" beim Nationalliberalismus nur grobe Tünche ist und, sobald es sich um die Niederdrückung der Arbeiter handelt, der richtige Nationalliberale auch in wirtschaftlicher Hinsicht den rückständigsten Junker übertrumpft. Immer, wenn wir den Seeleuten gegenüber dem ausbeutenden Reeder den Schutz des Rechts an die Hand geben wollten, schrien die Nationalliberalen über den Bruch der Disziplin und verkündeten den Untergang der Reederei. Aber unsere Redner nahmen kein Blatt vor den Mund. Sie schilderten die Ausplünderung der Arbeitskraft der Seeleute, ihre oft schändliche Behandlung, ihre Rechtlosigkeit gegenüber den Kapitänen, die den Profit der Reeder immer vor Augen haben. Zahlreiche Einzelfälle führten unsere Redner zur Unterstützung ihrer Forderungen an. Von unserer Fraktion wurde beantragt, bei der Besetzung der Seemannsämter in allen Fällen einen der Schiffen aus dem Kreise der seebefahrenen Schiffsleute zu nehmen, gleichzeitig Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung und Diätenzahlung an die Schiffen einzuführen. Ursprünglich hatte das Zentrum diesen Antrag unterstützt, das Geschrei der Reeder und das Abwinken der Regierung veranlaßte aber einen beim Zentrum üblichen Umfall, und wir blieben in der Minderheit. Unser Versuch, an auswärtigen Hafenplätzen den Konsul, wenn er Mitinhaber der Reederei ist, prinzipiell auszuschließen, mißlang, dagegen setzten wir bei einem anderen Paragraphen die Verbesserung durch, daß die Anwesenheit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, der „Landhaie", als Vertreter der Reederei bei der Musterung ausdrücklich verboten wurde. Weiter versuchten wir in das Gesetz, in die notwendigen Angaben des Heuervertrags auch die Zeit des Dienstantritts, die Zahl der auf den Schiffen beschäftigten seebefahrenen Mannschaften und die Höhe des Ueberstundenlohnes einzuführen. Doch wurden wir niedergestimmt.

Die Mehrheit ließ auch die Bestimmung stehen, wonach der Schiffsmann, der ohne genügende Entschuldigung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstverhältnisses sich entzieht, von der Polizei zwangsweise und nach dazu auf seine Kosten an Bord gebracht werden kann. In Bezug auf Urlaubsbewilligung wurden nicht nur unsere Verbesserungsanträge abgelehnt sondern es wurde sogar eine konservative Verschlechterung, die die Abhängigkeit des Seemanns vom Kapitän noch erhöht, in das Gesetz hineingebracht. Bei den Paragraphen, welche die Arbeitszeit auf den Schiffen im Hafen und auf offener See, im gemäßigten Klima und in den Tropen sowie die Sonntagsruhe und die Entschädigung für Ueberstunden behandeln, erwarben sich die Reichsparteiler große Verdienste um den höchsten Reederprofit. Unter ihrer Führung lief die Mehrheit sogar Sturm gegen die Kommissionsbeschlüsse und setzte durch, daß die achtstündige Arbeitszeit in den Tropen für die Stewards und die Arbeiter im Aufsichtsdienst nicht gilt. Auch die Bezahlung der Ueberstunden wurde diesen Arbeitern gestrichen. In der Mehrheit stand auch die Freisinnige Vereinigung mit. Ihr Führer war Herr Freese. Die Art und Weise, wie uns die Mehrheit niederstimmte, wurde schließlich so arg, daß unsere Redner sich mit Heftigkeit dagegen auflehnten und das Reedertum schonungslos angriffen. Die Nationalliberalen antworteten darauf mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0005

Bemerkungen, wie „ein Vogel, der sein Nest beschmutzt“. Diese Herren glauben nämlich, daß ein Abgeordneter Hamburgs ein Vertreter des Reederei-Interesses sein müsse, obgleich er von Arbeitern gewählt ist. Wir zeigten den Herren indessen, daß das Interesse der Wähler und das Interesse der ausbeuterischen Reeder zweierlei ist und behandelten im übrigen ihre Wut mit dem gebührenden Spott.

Die Regelung der Fürsorge für den erkrankten und verletzten Seemann gelang es uns durch unsere Anregungen wenigstens etwas zu bessern. Ebenso gelang es uns, bei der Regelung des Heuerbezuges in Krankheitsfällen für Angehörige der Seeleute Verbesserungen durchzusetzen. Dagegen zeigte sich wieder die ganze Rückständigkeit der Mehrheit, als das Koalitionsverbot in Frage kam. Hier fanden die Reeder vortreffliche Anwalte in den Konservativen, die das Koalitionsrecht, welches ihnen ein Scheuel und Greuel ist, aufs heftigste bekämpften. Es kostete uns alle Mühe, im Gesetz den Ausdruck, der vom „Entlaufen“ des Seemanns wie vom Entlaufen eines Hundes sprach, wenigstens in „Entweichen“ umzuändern. Schließlich wurde auch noch unser Verlangen, bei Lohnstreitigkeiten für die Seeleute die Gewerbegerichte zur Instanz zu machen, mit großer Entrüstung abgelehnt, wobei es noch (in zweiter Lesung) eine Gewerbegerichts-Debatte gab, in welcher sich deutlich die ganze Feindseligkeit der Regierung und aller bürgerlichen Parteien gegen das „Laienelement“ in der Rechtsprechung zeigte, welches die Mitwirkung der Arbeiter in den Gewerbegerichten darstellt. Angesichts der geringfügigen Verbesserungen, die die Vorlage brachte, vor allem aber der Art, in welcher die Mehrheit unsre wichtigsten Anträge niederstimmte, votierte unsre Fraktion in der Schlußabstimmung gegen das Gesetz mit Nein.

Die Begleitgesetze riefen keine bemerkenswerte Debatte hervor. Das Gesetz vom 27. Dezember 1872, welches die Kauffahrer verpflichtet, hilfsbedürftige Seeleute mitzunehmen, wurde in verschiedener Hinsicht gebessert oder geändert. Dieser Aenderungen halber erhielt das Gesetz auch einen andern Titel: „hilfsbedürftige“ wurde in „heimzuschaffende“ Seeleute umgeschrieben. Neu ist an dem Gesetze u. a., daß die Kauffahrer verpflichtet sind, auch Sträflinge mit heimzunehmen. Es ist dies insofern eine Besserung, als früher ihrer Ueberführung zur Aburteilung in Deutschland harrende Seeleute oft lange Zeit in fremdländischen Gefängnissen als Untersuchungsgefangene hocken konnten, wenn die nach Deutschland zurückkehrenden Kauffahrer sich weigerten, sie mitzunehmen. In dem Gesetz betreffend Stellenvermittelung ist der weittragendste Paragraph derjenige, welcher den Reeder zur Zahlung der Hälfte der Stellenvermittelungs-Gebühr verpflichtet. Es wird damit dem Unwesen der Heuerbaje wirksam entgegengearbeitet werden, denn sobald die Reeder die Hälfte der Gebühren bezahlen müssen, werden sie im Interesse des eignen Geldbeutels eine billige Stellenvermittelung schaffen und so der Ausbeutung der Seeleute durch die Heuerbaje entgegenwirken. Endlich hat die Renderung der Seemanns-Ordnung Abänderungen der seerechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches notwendig gemacht.

Der Reichstag nahm am Schlusse der Seemannsdebatte eine Resolution an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, dem Reichstage mit thunlichster Beschleunigung und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladelinie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Bemannung und Verproviantierung von Kauffahrteischiffen geregelt, für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reichs unterstehende Instanz bestimmt wird. Wir stimmten für diese Resolution, weil sie dem Zustande ein Ende machen will, daß manche Reeder „den Kasten vollpacken bis zum Erjaufen“, wie der Ausspruch eines Reeders lautete, der in der Debatte angeführt wurde. Unser Redner zeigte an der schrecklichen Zahl der verschollenen Schiffe, wie notwendig es sei, hier gesetzlich Remedur zu schaffen.

Eine wichtige sozialpolitische Materie, welche den Reichstag in dieser Tagung beschäftigte, war **die Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.** Infolge des Verbots der gewerblichen Beschäftigung von Kindern in Fabriken war die Kinderausbeutung in der Hausindustrie bedeutend gestiegen. Die Unternehmer schlugen dem Gesetz ein Schnippchen, indem sie die Arbeiten, welche bisher Kinderhände in der Fabrik besorgt hatten, an die Hausindustrie gaben und durch Hungerlöhne die Eltern zwangen, ihre Kinder bei der Arbeit mit anzuspannen. Sie machten dabei einen doppelten Profit, indem sie einen Teil der Produktionskosten, die sie bei der Fabrik-Kinderarbeit hatten, auf den Hausindustriellen abwälzten. So stieg die Kinderausbeutung in der Hausindustrie, und mit brennenden Augen und blutenden Herzen müssen die Proletarierelternzusehen, wie ihre Kinder frühzeitig bei unmäßiger Erwerbsarbeit ihre Gesundheit ruinieren, während für die Kinder der Reichen Frühling und Sonnenschein lachen. Zu dieser hausindustriellen Thätigkeit gesellt sich die Erwerbsarbeit der Kinder in der Landwirtschaft, in häuslichen Dienstleistungen, im Handels- und Verkehrsgewerbe, in Gastwirtschaften, als Austräger und Ausläufer. Die gewerbliche Kinderarbeit ist eines der düstersten Bilder des sozialen Elends des Proletariats. Die Reichsstatistik von 1900 stellte 532 283 Kinder in noch nicht oder noch schulpflichtigem Alter fest, welche außerhalb der Fabriken und außerhalb Landwirtschaft und Hausindustrie thätig waren. Thatsächlich ist dies nur die unterste Grenze. In einer großen Anzahl Bundesstaaten sind nur eine Anzahl Betriebe zur Enquete herausgegriffen, die übrigen nur abgeschätzt worden. 1895 ergab die Berufszählung der in einem Hauptberuf gewerblich thätigen Kinder bereits eine weit höhere Zahl und man wird die thatsächlichen Verhältnisse ziemlich genau treffen, wenn man heute die in gewerblichen Betrieben thätigen Kinder auf eine Million, die in Landwirtschaft und Hausindustrie thätigen Kinder mit zwei Millionen abschätzt.

Gegenüber diesen Zuständen bedeutet der Gesetzentwurf nur eine schwächliche Halbheit. Er verbietet die Kinderarbeit überhaupt bei Bauten, Ziegeleien, Brüchen und Gruben, beim Steinklopfen sowie in Werkstätten zur Herstellung von Schieferwaren, Steinarbeiten, in Töpfer-, Kalkbrenner-, Spiegelbeleg-, Glasbläser-, Blei- und Zinn-Spielwaren-, Metallgießerei-, Schleiferei-, Gürtler- und Bronzier-, Feilenhauerei-, Quecksilberarbeit-, Feuerwerks- und Zündholz-Werkstätten, Abdeckereien, Färberei-, Lumpensortier-, Gummi-, Guttapercha- und Kautschukwaren-, Polsterwaren-Werkstätten, in Roßhaar-Spinnereien, Werkstätten der Perlmutter-Verarbeitung, in der Bürsten- und Pinselmacherei, Fleischereien, Hasenhaar-Wäschereien, Bettfedern-Reinigung, Maler- und Anstreicher-Werkstätten, chemischen Waschanstalten. In allen übrigen Werkstätten, sowie im Handels- u. Verkehrsgewerbe wird die Beschäftigung v. Kindern unter 12 Jahren verboten. Die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren wird auf täglich drei Stunden und in den Schulferien auf vier Stunden beschränkt, darf nicht über 8 Uhr abends dauern und vor dem Vormittagsunterrichte nicht beginnen. Bei theatralischen Aufführungen und Schaustellungen dürfen Kinder unter zwölf Jahren, sofern nicht das höhere Interesse der Kunst und Wissenschaft vorwaltet, nicht beschäftigt werden, mehr als zwölfjährige Kinder nur bis 9 Uhr abends. In Gast- und Schankwirtschaften ist die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten, die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren mit der Einschränkung, daß Mädchen nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden dürfen. Beim Austragen und bei Botengängen erlaubt der Gesetzentwurf die Kinderarbeit bereits vom zehnten Lebensjahre ab und giebt überdies der unteren Verwaltungsbehörde für die ersten fünf Jahre das Recht, zu gestatten, daß die Arbeit 12jähriger Kinder hier bereits von 6½ Uhr morgens an eine Stunde lang dauern darf. Der Gesetzentwurf verbietet weiter, mit Einschränkungen, die Sonntagsarbeit der Kinder und untersagt die Beschäftigung eigner Kinder für alle die Betriebe, in denen auch fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

So ist hier wieder ein paragraphenreiches Gesetz geschaffen, **weil die Reichs-Sozialpolitik nicht den Mut findet, kurzweg alle Erwerbsarbeit der Kinder vor dem 14. Lebensjahre zu verbieten.**

Die Gegner waren mit dem Gesetze höchlichst zufrieden und fangen Lobeshymnen auf die Thatkraft der Regierung. Namentlich die Junker schmunzelten, weil der landwirtschaftlichen Ausbeutung der Kinder in keiner Weise entgegen getreten wird und die Junker sonst die billige Kinderarbeit auch fernerhin behalten werden. Ihre Anschauungen über Sozialpolitik sagte ihr Redner in den höchst kennzeichnenden Satz zusammen: „Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande hält, kann man an eine Sozialreform denken!“ Unsere Redner schilderten demgegenüber die gegenwärtig herrschenden schlimmen Zustände, vor allem auch die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande durch die Rübenjunker. Graf Posadowsky aber nannte das Rübenvertziehen eine verhältnismäßig leichte Arbeit, und bezüglich der Hütekinder verwies er schwärmerisch auf die poetische Rolle, welche der Hirtenknabe in der Dichtung spielt. Ihm sprangen die bürgerlichen Vertreter in ihrer Gesamtheit bei, Junker, Polen, Elsässer, Zentrumsleute, und den Vogel sprach Herr Stöcker ab, der salbungsvoll die Freuden der Kinder beim Kartoffelausmachen schilderte.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen und wird im Herbst zur zweiten Beratung gelangen.

Bei dem Gesetzentwurf, der **die geschäftliche Behandlung des Zolltarifes** regelt, mußte die Regierung schweren Herzens mit ihrem Grundsatze: keine Diäten für den Reichstag, brechen. Bestimmend hierfür war, daß sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Kommissionsberatung des Zolltarifs bis zur Reichstagsvertagung fertigzustellen. Um die Kommission über den Sommer zusammenzuhalten, wollte die Regierung jedem Mitgliede derselben einen Betrag von fest 2400 Mk., in Summa 67 200 Mk., bewilligen. Unsere Fraktion ergriff die Gelegenheit, die ganze Frage der Diätenlosigkeit des Reichstags aufs neue aufzurollen.

Unser Redner erklärte aber, daß unsre Fraktion der Diätenfrage mit großer Gemütsruhe gegenüberstehe, da die Diätenlosigkeit unser Wachstum in keiner Weise verhindert habe. Es falle uns auch jetzt gar nicht ein, das Zustandekommen eines Gesetzes, welches dem Volke die wichtigsten Lebensmittel verteuere, durch Diäten zu fördern. Habe doch auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, die 1898er Gewerbe-Ordnungs-Kommission monatelang außerhalb der Tagung des Reichstages gesessen, ohne Entschädigung zu bekommen. Wenn nun die Vorlage ohne unsren Willen Gesetz werden sollte, so würden wir die auf unsre Fraktionsmitglieder entfallenden Kommissionsdiäten unsrer Parteikasse zuführen, um damit eine energischere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu betreiben. Diese Erklärung war den Gegnern begreiflicherweise so unangenehm wie irgend möglich. Ihre brennende Sehnsucht, den Zolltarif zu fördern, ließ sie aber auch den unfreiwilligen Beitrag an unsre Parteikasse mit in den Kauf nehmen. Sie nahmen die Diäten, mit der Gesamtherabsetzung auf 56 000 Mk. und für das Kommissionsmitglied 2000 Mk., an. Wir haben anstatt dessen allgemeine Tagegelder für die Abgeordneten überhaupt verlangt; der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, ebenso unser Eventualantrag, den Kommissionsmitgliedern 20 Mk. Anwesenheitsgelder pro Tag zu gewähren.

Die Diäten an sich haben bis jetzt die Thätigkeit der Zollkommission auch um keinen Schritt zu fördern vermocht.

Der **fliegende Gerichtsstand der Presse** war ein seit langen Jahren vorhandener Uebelstand, unter dem zumal unsre Parteipresse zu leiden hatte. Es war vorgekommen, daß die Redakteure unsrer Blätter an Orten, wo nur einige Exemplare der Zeitung verabreicht worden waren, auf das Verlangen eines Staatsanwaltes, eines Unternehmers oder sonst wessen vor Gericht gezogen wurden, indem man diesen Verbreitungsort als den Ort der That annahm. Die zahllosen Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergaben, sind so oft beklagt worden, daß man sie hier nicht erst zu schildern braucht. Gegenüber den Klagen hatte die Regierung stets geisagt, daß man vor der allgemeinen Revision der Strafprozeß-Ordnung einzelne Materien aus dieser nicht herausgreifen dürfe. Nachdem sie sich dann aber von der Harmlosigkeit der Reform überzeugt hatte, kam sie mit einem Gesetzentwurf, der den in Frage kommenden § 7 der Strafprozeß-Ordnung dergestalt abänderte, daß für die periodischen Druckschriften dasjenige Gericht als zuständig gilt, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Es wurde aber sofort wieder eine Durchlöcherung geschaffen durch die weitere Bestimmung, daß für die Verfolgung von Beleidigungen im Wege der Privatklage auch der Verbreitungsort zuständig sei, sofern an ihm die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt habe. Und damit der Reichstag nur ja nicht glaube, die Regierung wolle ihm zu weit entgegenkommen, gab der Staatssekretär des Reichsjustizamts der Vorlage als Geleitwort mit auf den Weg: Die Vorlage sei weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser strittigen Frage der Forderung des Reichstags entgegenzukommen. Sollte der Reichstag den gegenwärtigen Zustand für besser halten als das Vorgeschlagene, so ziehe die Regierung das Gegenwärtige auch vor. Unser Redner gestellte diesen Standpunkt ganz gehörig, verlangte ein bestimmtes ausschließliches Forum für Preßdelikte und die Einbeziehung auch der nichtperiodischen Presse in die Vorlage. Im übrigen beantragten wir, daß, sobald der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründe, für alle dabei beteiligten Personen ausschließlich der Erscheinungsort als Gerichtsstand zu betrachten sei. Aber die Reichstagsmehrheit war nur mit Mühe dazu zu bewegen, aus dem Gesetz das Wort „periodisch“ zu streichen und so auch die nichtperiodische Presse einzubeziehen. Auf weiteres ließ sie sich nicht ein. Wir stimmten daher, und weil es uns nicht als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande erschien, gegen das Gesetz.

Eine allgemeine Ueberraschung bereitete die kaiserliche Kundgebung, welche die **Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in Elsaß-Lothringen** verkündete. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahmegewalten beseitigt, über welche sich die elsaß-lothringische Bevölkerung lange mit Recht, aber vergeblich beschwert hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagraphen hatten wir Sozialdemokraten an der Seite der elsässischen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraph gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er „zur Abwendung der Gefahr“ für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken Truppen zu requirieren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Beratung stand, schwamm alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwenkung, mit der sie nach jahrelangem heftigstem Widerstande sich jetzt plötzlich auch für die Beseitigung aussprachen, was von den „Gründern zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerspruch gegen fortschrittliche Maßregeln maskierten. Die Elsaß-Lothringer betraten nach der Reihe die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu bedanken, welche ein Zentrumsabgeordneter als ein „Geschenk“ bezeichnete. In diesen Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unsern Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich geschehen sei, was wir Sozialdemokraten jahrzehntelang gefordert hätten, und wiesen im übrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmezustande in den Reichslanden noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächst zu Erstrebendes bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesausschuß, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht und die Aufhebung des jetzigen, aus der Zeit Napoleons III. stammenden sowie endlich die Aufhebung des jetzigen und die Einführung des allgemeinen deutschen Preßgesetzes. Mit diesen Motivierungen stimmten auch wir der Aufhebung zu. Auch nach dieser Aufhebung des Diktaturparagraphen regiert in Elsaß-Lothringen der alte Polizeigeist weiter, wie das Auftreten des Staatssekretärs der Reichslande, v. Köller, im Reichstage bewies.

Unter den Steuergesetzen wurde das aus der vorigen Session noch rückständige Schaumweinsteuer-Gesetz nunmehr erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unkosten beitragen, die der Marximismus uns verursacht, und schon aus dem Grunde hatten wir keine Veranlassung, dafür zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten Schaumweine. Wollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine „Luxussteuer“ schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbenommen, **endlich den Besitz durch die Einführung** einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Tragung der Lasten der kostspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz nur ein Palliativmittelchen, dem die Fraktion ihre Zustimmung versagte.

Die **Branntweinsteuer-Vorlage** konnte im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns bekanntlich gelungen, die Beschlußunfähigkeit zu konstatieren, wodurch den Spiritusjunkern und ihrer Spirituszentrale ein arger Possen gespielt war. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Zentrum zu stande gekommen, welcher die im Mai des Vorjahres verfrachte Liebesgaben-Politik auf andere Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück, und in der Sucht, den Profit der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommissionsmehrheit an dem Gesetz so vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionsarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt. Unsere Fraktion übte eine scharfe Kritik an den Schönheiten der Spiritusgesetzgebung. Wir forderten die Abschaffung der hohen Spiritusbesteuerung, welche die Ausbreitung der Trunksucht in keiner Weise hindere, wohl aber eine Liebesgabe von 48 Millionen Mark aus den Taschen der Trinkbranntwein-Konsumenten an die Brenner möglich mache. Die Spiritus-Industrie besitze an und für sich durchaus nicht die Existenzberechtigung, welche ihr die Spiritusinteressenten zuschreiben. Diese enorme Spiritusproduktion sei erst künstlich durch die unerhörten Preistreibereien der Zentrale für Spiritusverwertung erweckt worden. Der Krach werde doch einmal kommen. Nicht durch die Spiritus-Liebesgabe werde die „Gesundung des Kartoffelbaues“ bewirkt werden, sondern durch den Anbau besserer Kartoffelarten, die zwar nicht die großen Erträge lieferten wie mit Hilfe der Liebesgabe die minderwertige Kartoffel, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nützen. Diese Liebesgabe nützt überdies nur den größeren Brennereien Deutschlands und nicht den mittleren und kleineren Brennereien. Wir legten Verwahrung gegen eine derartige Gesetzgebung ein.

Auf unsre Einwände erwiderte die Regierung, daß bei jeder Steuer auf die großen erwerbenden Industrien Rücksicht genommen werden müsse und als die Spiritussteuer auf das Viertache erhöht werden mußte, man den landwirtschaftlichen Brennereien, um sie existenzfähig zu erhalten, eine staatliche Unterstützung habe geben müssen. Das könne man doch keine Liebesgabe nennen. Und die Agrarier, die nach dem Grundsatz handeln: „Fusel brennen, das ist fein — Fusel trinken, wie gemein!“ beschuldigten uns wegen unsres Widerstandes gegen die Liebesgabenpolitik einer „latenten Sympathie für den Konsum von Spiritus“. Auch die wackeren Polen halfen hier, wo es sich um agrarische Geldbeuteliinteressen handelte, weiblich den preußischen Junkern gegen die sozialdemokratische Opposition.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1889 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns notwendig angesichts der Thatsache, daß gerade die kleinen Brennereien auf dem Lande stark fuselhaltigen Spiritus produzieren. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitsschädlich herausstellt, zu Grunde geht, konnte uns gleichgiltiger sein als wenn diese Trinker an dem Genuß von Fusel ihre Gesundheit total zerrütten. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark zuführt, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung der dritten Liebesgabe, der Brennsteuer. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennern sondern von dem konsumierenden Publikum getragen und zwar in Höhe von 11 bis 12 Millionen Mark jährlich, so daß die Gesamt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 130 Millionen gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So versuchten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gesetzgebung die schlimmsten Zähne auszubrechen, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichskanzler ersucht, dem Reichstage baldthunlichst einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Maischbottich-Steuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe vorzulegen. Ferner: dafür Sorge zu tragen, daß das Möichen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffel und Bierhefe und das Feilhalten solcher gemischten Hefe verboten werde.

Soziale Rechtspflege.

„Vertrauensärzte.“ Der infolge eines Unfalles erwerbsbeschränkte Maler E. wurde im Dezember 1901 von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Dr. Römert auf 20 Prozent Erwerbsunfähigkeit begutachtet. Hiergegen legte E. Berufung beim Schiedsgericht ein und beantragte eine höhere Rente. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts wurde E. von dem Vertrauensarzt desselben Dr. Köhler untersucht und dieser bewertete die Erwerbsbeschränkung E.s auf 33⅓ Prozent. Nachdem E. die 33⅓ Prozent Rente ca. sieben Monate erhalten hatte, wurde er von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Dr. R. wieder untersucht, wobei zwischen Dr. Römert und dem Verletzten folgendes Gespräch stattfand:

Dr. Römert: Nun E., Sie haben auch geklagt? — E.: Jawohl, Herr Doktor. Das war doch mein Recht! — Dr. R.: Nun, wenn es nur Geld kosten würde, dann würden Sie nicht gleich klagen. Ich wollte nur mal den Herrn Dr. Köhler auf Ehre und Gewissen fragen, wie er Ihnen 33⅓ Prozent bewilligen kann. — So Herr Dr. Römert. Obgleich noch nicht lange als Vertrauensarzt fungierend, so hat der Herr „Spezialarzt“, wie er in dem Gutachten der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft genannt wird, eine geradezu unheimliche Virtuosität in dem „Festsetzen“ der Renten für die Unfallverletzten. Wir wollen jetzt nicht die verschiedensten Fälle herausgreifen. Davon ein andermal. Welchen Wert aber diese „Gutachten“ besitzen, beweist der vorliegende Fall; etwa im Dezember schätzt der Herr „Spezialarzt“ Dr. R. die Erwerbsbeschränkung E.s auf 20 Prozent und nach sieben Monaten bei der Untersuchung findet Dr. R., daß eine wesentliche Veränderung in den Verhältnissen eingetreten ist und die Erwerbsbeschränkung E.s nur noch auf — 20 Prozent zu schätzen sei. Diese Begutachtung scheint mehr als eigentümlich und läßt die Annahme zu, daß die Begutachtung der Verletzten ziemlich oberflächlich geschieht und zwar im Interesse der Berufsgenossenschaft zum Schaden der Verletzten. War das erste Gutachten dem Befunde entsprechend abgegeben, und sind jetzt „wesentliche“ Veränderungen eingetreten, dann mußte Herr Dr. R. der „Spezialarzt“ in seinem jetzigen Gutachten zu einem andern Ergebnis kommen.

Gegenüber der Begutachtung von solchen „Vertrauensärzten“ sind die Verletzten gezwungen, trotz der Scherereien, die ihnen entstehen, ihre Rechte aufs äußerste zu wahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0006

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. August.

Sittliches, allzu Sittliches.

Der Heiratsmarkt der bürgerlichen Presse läßt dem Forschenden einen tiefen Blick thun, in welcher Weise die Geldherrschaft auf dem Gebiete der Liebe und der gegenseitigen Zuneigung der Geschlechter verheerend und korrumpierend gewirkt hat. Das höchste Gut des Individuums wird nur vom Zweckmäßigkeitsstandpunkte aus betrachtet. Lohnt es sich, das andere Geschlecht zu lieben, sich mit einem Vertreter oder einer Vertreterin ehelich zu vereinigen, dann läßt man sich diese Absicht durch das Standesamt staatlich bekunden und das „Liebesband" ist für das ganze Leben — oder auch manchmal nur für wenige Monate — geknüpft. Aber auch sonst hilft man sich „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege". Die bürgerliche Presse spielt die treue Kupplerin und kommt den Wünschen ihrer Kunden gern entgegen, wenn dieselben es an klingendem Metall nicht fehlen lassen. In der gestrigen Nummer der **Saale-zeitung** stehen folgende Inserate:

I.

Angenehm. gefell. Verkehr
für einige Stunden des Nachmitt.
wünscht Dame aus guter Familie
mit feingebildetem älterem Herrn.
Offerten unter **Aa. 217** an die
Expedition.

Ein Schelm, der sich bei eingehender Betrachtung dieses Inserates etwas Arges denkt, aber die böse Welt — wittert sofort Inszenierung eines Lustspiels, das durch die Verlobung **und Verheiratung** zur allgemeinen Zufriedenheit ausläuft.

II.

Aelterer gutsituierter Herr
findet 1. Oktober liebevolles Heim
bei bestr. Wittwe. Offerten unter
A. 210 Expedition.

Man wird dem älteren gutsituierten Herren das liebevolle Heim bei der bestr—ichenen oder bestr—enommierten Witwe gerne gönnen, nur braucht dies nicht alle Welt zu wissen, und noch weniger braucht die Witwe so viele ältere gutsituierte Herren in Versuchung zu führen.

Und da sagen die Sozialdemokraten, die heutige Gesellschaftsordnung sei unvollkommen.

Die wirtschaftlich Schwachen

sind — die Hausbesitzer. Auf dem Hausbesitztag in Berlin machte ein Magdeburger Hausbesitzer seinem bedrängten Herzen über die Verschwendungssucht der Mieter in folgenden Klagerufen Luft:

Der wirtschaftlich Schwache sei jetzt nicht mehr der Mieter sondern der Hauswirt, denn der Mieter habe heutzutage so viel Rechte, daß er der wirtschaftlich Stärkere sei. Es tel daher dringend notwendig, für Mietsstreitigkeiten Schiedsgerichte zu schaffen, damit der Hausbesitzer etwas schneller als bisher zu seinem Gelde komme. Es gebe eine große Anzahl Mieter, die böswilligerweise mit der Zahlung ihrer Miete im Rückstande bleiben. Diese Leute essen zum Abendbrot **Pökelfleisch** und **„Gehacktes"**, sie **gehen damit bei dem Hausbesitzer vorüber**, bezahlen aber keine Miete.

Nein, diese Mieter! Es ist einfach ein Skandal, daß sie sich erlauben, Pökelfleisch oder am Ende gar Gehacktes zum Abendbrot zu verzehren. Vielleicht hat damit die Völlerei noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Wer weiß, ob nicht viele, ehe sie mit ihrem Pökelfleisch oder ihrem Gehackten beim Hauswirt vorbeigehen, schon einige Flaschen Lagerbier getrunken haben. Währenddem sitzt der arme Hauswirt bei schlechten Kartoffeln und verdorbenem Hering und einer Pulle Fusel beim Abendbrot und muß den Schmerz erleben, daß draußen soeben der Mieter mit Pökelfleisch und Gehacktem vorbeigegangen ist. Wenn das so weiter geht, dann müssen noch alle Hauswirte — Mieter werden.

Submission. Die Zimmerarbeiten zum Neubau der Turnhalle an der Friedenstraße sollen im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Montag, den **11.** August, vormittags 10 Uhr auf dem Stadtbauamte einzureichen, woselbst die Bedingungen und Zeichnungen eingesehen werden können. Der Stadtbaurat. Genzmer.

* **Achtung, Lithographen und Steindrucker!** In der Münchener Kunstanstalt vorm. Gebr. Oppacher sind wegen fortgesetzter Maßregelungen Differenzen ausgebrochen. Solidarität ist zu üben.

* **Gefunden** wurden in der Zeit vom 16. bis 31. Juli: 2 Ringe, 1 Brosche von Metall, 1 Nickeluhrkette, 1 Trauring, 1 Zigarrenetui, 1 Berloque (kleines Herzchen), 1 goldene Damenuhr ohne Kette und Ring, 1 brauner Rohrstock mit silberner Krücke, 1 Stoßbohrer, Portemonnaies mit Inhalt, 1 Paar Handschuhe, 1 Karton, enthaltend verschiedene alte Herren- und Damen-Kleidungsstücke, 1 Handbeil, ein größerer Betrag bares Geld, 1 silberne Remontoiruhr mit Kette, 1 schwarzer Regenschirm, 1 Wecker, 1 graue und 1 dunkle Weste, 1 Hemd, gez. R. F., Bettinlett, 1 Klemmer. — Verloren wurden: 1 braunes Lederportemonnaie mit ca. 70 Mk., 1 desgl. mit einem 20 Markstück, 1 goldene Damenuhr ohne Kette, gez. A. R., 1 goldenes Kettchen mit Herz, 1 goldene Damenuhr ohne Kette, gez. F. B., 1 silberne Brosche, 4 blätter. Kleeblatt mit weibl. Kopf, 1 dunkler Sonnenschirm, 1 schwarzer Ripsgürtel, 1 Korallen-Halskette, 1 gold. flaches Medaillon mit Photographien, 1 Schildpattkamm, 1 schwarzes Portemonnaie mit ca. 10 Mk. Inhalt. — Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizei-Sekretariat IV, Rathausstr. 19, Zimmer 56, erteilt.

* **Nicht Dienstmann** sondern Kofferträger ist der in die Nervenanstalt gebrachte Enderlein, von dessen Renkontre mit einem Bahnbeamten wir gestern berichteten.

* **Postanweisungen** fälschte ein Handlungsgehilfe dadurch, daß er von auswärts kleine Beträge an sich bezw. seine hiesige Adresse absandte und die Anweisungen dann auf zehnmal höhere Beträge umschrieb. Zweimal erhob er auch wirklich die verzeichneten höheren Summen, aber beim dritten Male wurde er ertappt. Er befindet sich jetzt in Untersuchungshaft.

* **Ein „interessantes" Datum.** Uebermorgen, am 9. August, früh morgens eine Minute und eine Sekunde nach 1 Uhr wird ein interessantes Datum zu verzeichnen sein. Es wird nämlich dann sein: die zweite Sekunde der zweiten Minute der zweiten Stunde des zweiten Tages der zweiten Woche des zweiten Monats der zweiten Hälfte des zweiten Jahres des zweimal zehnten Jahrhunderts. Mehr kann man wirklich nicht verlangen.

* **Neues Theater.** In dem bereits seit Wochen fertig gestellten Umbau des Neuen Theaters wird jetzt fleißig an der Ausgestaltung und Ausschmückung der Innendekoration des Zuschauerraumes und der Bühne gearbeitet. Die bauliche Einrichtung des Neuen Theaters ist dergt getroffen, daß sowohl das Publikum, welches das Parkett (Orchestersauteuils, Parkett und Parterre) besuchen wird, als auch die Besucher des I. Ranges (I. Rangfauteuil und I. Rang-Balkon) separierte Ausgänge haben werden. Den Galeriebesuchern steht gleichfalls ein separierter Eingang zur Verfügung, ebenso ein eigener Buffetraum, Garderobe und Kassenschalter, wodurch jedes Gedränge vermieden werden kann. Die Beleuchtungsanlage ist eine doppelte und zwar wird das Theater durch Elektrizität und Gas zu erleuchten sein. Die elektrische Lichtanlage ist bereits an das städtische Elektrizitätswerk angeschlossen. — Die Heizungsanlagen sind so eingerichtet, daß im Neuen Theater stets eine mittlere Zimmertemperatur herrschen wird. — Von der Einrichtung eines Abonnements hat Hr. Dir. Mauthner auch für das Neue Theater Abstand genommen, da er es in die freie Wahl des Publikums stellen will, die Vorstellungen nach Belieben zu besuchen und sich sowohl die Stücke, wie die Abende nach eigenem Ermessen auszusuchen. Die Preise sind möglichst niedrig normiert. In betreff der künstlerischen Darbietungen hat Hr. Dir. Mauthner dem Halleschen Publikum während seiner dreijährigen direktorialen Thätigkeit bereits genügend Proben seines Könnens abgelegt und dürfte die erste Saison im Neuen Theater an künstlerischem Wert und Bedeutung um so leichter übertreffen, als Hr. Dir. Mauthner diesen Sommer während seines 4monatlichen Gastspiels in Prag bereits Gelegenheit hatte, Darsteller wie Novitäten zu erproben und für die Wirksamkeit im Neuen Theater vorzubereiten.

* **Zoologischer Garten.** Für nächsten Sonntag hat die Direktion wiederum einen sogen. billigen Sonntag eingerichtet. Eintrittspreis 25 Pfg.

---

t. **Zeitz.** Zum zweitenmale freigesprochen! Das Landgericht Naumburg hat am Dienstag unsere Genossen, die seiner Zeit in Osterfeld Zwanglose Blätter verbreitet hatten, ebenfalls freigesprochen, wie vorher das Schöffengericht in Osterfeld. Gegen das freisprechende Urteil des letzteren hatte bekanntlich der Amtsanwalt in Osterfeld Berufung eingelegt und diese damit begründet, daß einmal gewerbliche Verbreitung vorliege, und daß andererseits die religiösen Gefühle derjenigen, bei denen an einem Sonntage die Blätter verbreitet wurden, verletzt seien. Von der Verbreitung innerhalb der Kirchzeit hatte man Abstand genommen, da diese nicht vorlag. Das Landgericht äußerte sich dahingehend, daß gewerbliche Verbreitung nicht vorliege, denn die beiden Angeklagten seien Glaser und Korbmacher, in ihr Fach schlage also die Flugblattverteilung nicht, das sei nur gelegentlich geschehen. Religiöse Gefühle seien auch nicht verletzt, denn es hat sich ja niemand gemeldet, der sich über das Flugblatt aufgeregt habe.

Wie wir vorausagten, ist also der Freispruch auch in zweiter Instanz ausgesprochen worden. Die Polizeibehörde in Osterfeld und auch anderwärts wird nun hoffentlich die Sozialdemokraten nicht mehr hindern bei ihrer Aufklärungsarbeit. Alle unsere Genossen, die auf Landagitation gehen, wissen, wie sie sich nach dem Gesetz zu verhalten haben, deshalb ist es unnötig, sich bei diesen Leuten noch irgendwie zu bemühen. Wenn hier und dort Polizeibeamte Einspruch erheben, dann erleben sie es jedesmal, daß ihnen vom Gericht dokumentiert wird, daß sie die einschlägigen Bestimmungen nicht gekannt haben; und das ist ihnen nicht zum Vorteil. Laßt also die Sozialdemokraten ruhig verbreiten, sie haben das Recht dazu, und das lassen sie sich auch nicht nehmen.

t **Zeitz.** Selbstmord. Der Maurerpolier Gustav Eichhorn aus Gleina hat sich am Montag früh mit Salzsäure vergiftet. Eichhorn ging früh mit anderen Arbeitern zur Arbeit, unterwegs kehrte er um mit der Bemerkung, etwas vergessen zu haben. Er ging dann auf ein Feld und trank die Salzsäure. Nach einiger Zeit fand ihn hier eine Frau und veranlaßte seine Ueberführung ins städtische Krankenhaus, wo er zwar noch lebend eingeliefert wurde, jedoch mittags verstarb. Ueber die Motive zur That ist zur Zeit noch nichts bekannt.

n. **Schortau.** Der Arbeiter Wilhelm Frommherz von hier, der vor einiger Zeit ein Sittlichkeitsverbrechen an einem zwölfjährigen Mädchen verübt hatte, wurde vom Landgericht Naumburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Zeitz. Gefunden und bei der Polizei-Verwaltung abzuholen sind folgende Gegenstände: 1 Schlüssel, 1 Damenuhrkette, 1 Paar Lederschuhe, 1 Schürze, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 2 Spazierstöcke, 1 Kinder-Sonnenschirm.

§§ **Eisleben.** Unsere vielgerühmte Sozialreform, mit der das Kapital sich so brüstet, besonders zu Wahlzeiten, um Stimmenfang damit zu treiben, ist schon öfters vom Volksblatte recht gründlich beleuchtet worden; aber es schadet nicht, wenn besonders krasse Fälle hin und wieder veröffentlicht werden, um zu zeigen, wie viel es noch daran zu bessern giebt. Da ist dieser Tage der Arbeiter Meißner in Eisleben in letzter Instanz mit seiner Klage auf Rente abgewiesen worden, nachdem er ca. 3 volle Jahre prozessiert, ein Mann in besten Jahren, gelähmt am ganzen Körper und unfähig, auch nur einen Pfennig zu verdienen. Meißner hatte in der Eislebener Malzfabrik (Knochenmühle, wie sie in Arbeiterkreisen allgemein heißt) 14 Kampagnen gearbeitet, und wie es auf seinem Abgangsatteste heißt, fleißig und zur Zufriedenheit. Die schwere Arbeit bei 70—80 Grad Hitze und darauf folgende plötzliche Abkühlung — mußten doch die Leute öfters bald nach dem Verlassen der Darre Gerste und dergl. im Hofe abladen, auch hatten sie sonst wenig Zeit zur Abkühlung — brachten es mit sich, daß das Nervensystem zerrüttet und Meißner eines Tages bei der Arbeit plötzlich umfiel, und seit dieser Zeit, es war im Jahre 1896, hatte er, wie man so sagt, seinen Knar weg. Vom Schiedsgericht der Milcherei-Berufsgenossenschaft sowohl als vom Reichsversicherungsamte wurde er abgewiesen mit der Begründung, ein Betriebsunfall liege nicht vor, dies sei vielmehr eine Gewerbekrankheit, als Folge der seit Jahren betriebenen Arbeit in ungünstigen Temperaturverhältnissen. Nun strengte im Jahre 1898 M. die Privatklage wider die Eislebener Malzfabrik auf Schadenersatz an, welcher ihm vielleicht auch gewährt worden wäre infolge der vielen günstigen Zeugenaussagen. Aber das Gutachten des Dr. Renisch-Eisleben verneint die Schädigung seiner Gesundheit infolge seiner Thätigkeit in der Fabrik. Auch Professor Heilbronner konnte nicht feststellen, daß Lähmung durch die oben geschilderte Fabrikthätigkeit entstanden sei, die Erwerbsunfähigkeit steht außer allem Zweifel. So wurde denn der arme, durch seinen Fleiß unglücklich gewordene Mann in allen Instanzen abgewiesen, und die Malzfabrik zahlt ihren schwer reichen Aktionären 10 Prozent Dividende weiter. Das herzlose Kapital hat den Prozeß gewonnen, aber stolz braucht es darauf nicht zu sein, und nun kann man von der Vollkommenheit unserer Sozialreform weiterschwafeln.

Eisleben. „Mansfeld." Zu dem in Nr. 181 des Volksbl. erschienenen Artikel, betr. die Berginspektorenbericht und die darin enthaltenen Ausführungen über Kaufgedinge im Mansfeldischen, teile Ihnen zu Ihrer Informierung Nachfolgendes mit: Der Termin, in welchem der Streb an den Niedrigstfordernden verkauft wird, wird 8 bis 14 Tage vorher der Belegschaft durch Aushang bekannt gemacht. Auf dem Aushang steht nun u. a., für wie viel Kameradschaften Streb verkauft wird und wie stark d. h. aus wie viel Mann jede dieser Kameradschaften bestehen soll usw.

Gewöhnlich werden diese Kameradschaften nur je 10 Mann stark. Kommt nun der Termin heran, so setzt sich der Obersteiger und einige Steiger an die in der Mannschaftsstube für solche Zwecke befindliche Tafel und zwar mit Mienen, als sollte ein wichtiger Staatsakt vollzogen werden.

Nun geht das Verkaufen der Strebe wie in jeder anderen Aution los, nur mit dem Unterschiede, daß wie ein gewiegter Auktionator möglichst hohe Preise zu erzielen sucht, hier der Obersteiger die Arbeit so billig wie möglich an den Mann zu bringen sucht. Wenn er schon so und so oft zum Zuschlag mit dem Hammer ausgehalten, ertönt immer wieder sein monotones zum ersten usw., und wuchtig saust der Hammer zum Zuschlag nieder, wenn er das Bewußtsein hat, die Kräfte der Arbeiter zu gunsten seiner, des Obersteigers, Arbeitgeberin nun gehörig ausbeuten zu können.

Ist nun sämtlicher auf dem Aushang bekannt gemachter Streb verkauft, so geben die Käufer ihre Kameraden an, von denen sie zum Bieten beauftragt waren; welche nicht genug Kameraden hierzu selbst gewinnen konnten, welches meistens der Fall ist, erhalten die fehlenden von der Revierverwaltung zugeteilt. Derjenige der Zugeteilten, der es wagt, sich hierüber zu beschweren, welches immer in der Form geschieht, daß er behauptet, daß er nicht so stark als die wirklichen Käufer sei, nicht so viel wie diese leisten könne und deshalb den Zorn der Käufer hierüber herausfordere, kommt sehr gelinde davon, wenn es nur heißt: Sie Faulpelz, wenn es Ihnen nicht paßt, so gehen Sie hin, wo der Pfeffer wächst.

§§ **Eisleben.** An Stelle des verstorbenen Obersteigers Zottmann wurde am Freitag Dr. Betzler als Stadtverordneter für die III. Wählerabteilung gewählt. Es ist allerdings als zweckmäßig anzuerkennen, wenn dem Kollegium auch ein Arzt angehört, aber der Einfluß der Mansfelder Gewerkschaft hat durch diese Nachwahl keine Schmälerung erfahren, da der Gewählte auch als Knappschaftsarzt thätig ist.

k. **Sangerhausen.** Der olle, ehrliche Veteran als — Holzdieb. Der Nachtwächter einer hiesigen großen Möbelfabrik sollte über Fabrikräume wachen und, da öfter Holz gestohlen wurde, auf die Spitzbuben aufpassen. Der Nachtwächter aber, ein „oller ehrlicher Veteran", litt stark an Begriffsverwechselung. Er hat zwar gut auf die Diebe aufgepaßt, so gut nämlich, daß dieselben nie erwischt wurden. Schließlich aber wurden die Diebe, unter ihnen der „olle ehrliche Veteran", erwischt. Letzterer wurde mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Dies war dem hiesigen Veteranenverein natürlich sehr fatal. Der „ehrliche" mußte raus aus dem Haus. Früher hätte man keine Ruhe gehabt. Da man aber den ehemaligen Kameraden nicht zu sehr kränken wollte, suchte man noch ein Besänftigungspflaster. Nicht wegen seines Vergehens wurde er gemaßregelt — er war ja immer so rührig beim „Hurra" und Leichenbegängnis — sondern, weil es in der Erfurter Tribüne gestanden hatte. — Man muß sich nur zu helfen wissen.

Tangerminde. Zur Mord- und Selbstmordaffaire. Die Leiche des Dachdeckers Paasche wurde am Sonntag bei Sandau am Elbufer gefunden. Der vierjährige Sohn des verzweifelten Ehegatten, der um der Untreue seiner Frau willen die entsetzliche That, von der wir kürzlich berichteten, verübte, ist seinen Verletzungen erlegen. Die Frau dagegen befindet sich wohl.

Sorge. Warum nur für den Mittelstand? Eine Lungenheilanstalt für minderbemittelte weibliche Kranke des gebildeten Mittelstandes ist vom Johanniterorden hier erbaut worden. Sie wird nächstens eröffnet, ist allen Anforderungen der Hygieine gemäß eingerichtet und liegt 562 Meter über dem Meere, inmitten ausgedehnter Fichtenwaldungen, südlich vom Brocken, 3 Kilometer von den Bahnstationen Sorge bezw. Benneckenstein der Nordhausen-Wernigeroder Bahn entfernt. — Sie enthält 62 Betten. — Preis pro Tag 3.50—5 Mk., je nach Wahl des Zimmers. Alles inbegriffen, mit Ausnahme von alkoholischen Getränken. — Auch die Arbeiter würden es mit Freuden begrüßen, wenn der schöne Harz noch einige Heilstätten, außer den schon vorhandenen, für sie aufweisen würde. Vielleicht erbarmt sich der Johanniterorden auch ihrer!?!

* **Thondorf.** Vom Gefängnis ins Gefängnis. Der Arbeiter Karl Büttner schlug, nachdem er tags zuvor erst aus dem Eislebener Gerichtsgefängnis entlassen worden war, beim Gastwirt Schnitzer im Rausche die Fenster ein und bedrohte unter mächtigem Skandal die Passanten vor der Gastwirtschaft mit Totstechen, so daß seine Verhaftung durch den Gendarm erfolgte. Es erfolgte dann seine Ueberführung per Wagen ins Hettstedter Amtsgerichtsgefängnis.

m. **Mühlberg a. E.** Kreistag. Nächsten Sonntag findet hier im Preußischen Hof von vormittags 11 Uhr an die diesjährige Kreiskonferenz für den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda statt. Da ein geräumiges Lokal zur Verfügung steht, kann der Zutritt zu den Verhandlungen jedermann gestattet werden. Es ist wünschenswert, daß die hiesigen Arbeiter hiervon recht rege Gebrauch machen, sind doch die Beratungsgegenstände wichtig genug, um manches daraus lernen zu können. Auch ist es notwendig, daß jeder politisch denkende Arbeiter sich mit den inneren Partei-Einrichtungen vertraut macht. Hierzu bietet der Kreistag nächsten Sonntag hinreichend Gelegenheit.

Quedlinburg. Die Kunst geht betteln. Nette Zustände enthüllte eine Verhandlung vor dem hiesigen Gewerbegericht über die Bezahlung der Musiker. Der Pianist Koch klagte gegen den Konzertunternehmer Tonenberg auf Zahlung von 56 M. Lohn wegen kündigungsloser Entlassung. Dem Koch waren bei seinem Arbeitsantritte zwei Verträge vorgelegt und ihm auch angeboten worden, entweder zu einem monatlichen Gehalt von 60 M. und freier Station oder für eine tägliche Vergütung von 3 M. nebst freier Station zu arbeiten; in letzterem Falle würden jedoch nur die Spieltage bezahlt. Da dem Künstler vom „Direktor" versichert worden sei, daß höchstens zwei bis drei Tage im Monat spielfrei seien — so erzählte der Kläger —, sei er auf letzteren Vertrag eingegangen. Es habe sich jedoch gezeigt, daß in 14 Tagen nur **zweimal** gespielt wurde, so daß er in dieser Zeit **6** M. und eine Kost erhalten, die mit 50 Pfg. pro Tag reichlich bezahlt sei. Am 24. Juli ist Kläger dann mittels Postkarte entlassen worden.

Es kommt ein Vergleich zu stande und Kläger erhält 5 M., womit er sich zufrieden giebt. Selbst der Vorsitzende sah sich zu der Bemerkung gegenüber Koch veranlaßt, er solle sich nicht wieder auf ähnliche Verträge einlassen, sonst laufe er Gefahr, zu verhungern!

Bernburg. Die Solvaywerke und die Krise. Die Gemeingefährlichkeit der zu mächtigen und nicht genügend unter öffentliche Kontrolle gestellten Privatindustrie beleuchtet recht drastisch das Verhalten der Solvaywerke, die in den letzten Tagen eine Anzahl Arbeiter entlassen haben. Das Millionen-Unternehmen zeigt sich nämlich außer stande, seine Arbeiter, die ihm durch ihren Fleiß und ihre Geschicklichkeit Reichtum über Reichtum zugeschanzt haben, jetzt in der Krisis über Wasser zu halten. Was weniger verdient wird, müssen einfach die Arbeiter entgelten. Nicht im Traume wird daran gedacht, die Folgen der Krise auf die Aktionäre wirken zu lassen. In einer Salinenarbeiterversammlung wurde gefordert, daß der Magistrat seinen Einfluß bei der Direktion geltend machen soll, um die Lohnkürzungen und die Kündigungen zu unterlassen bezw. zurückzunehmen. Voller Schrecken macht der Anhalter Generalanzeiger darauf aufmerksam, daß alsdann aber die Verwaltung der Solvaywerke Bernburg verlassen und damit die hohen Steuereinkünfte anderen Städten zuwenden würde. Diese Drohung beleuchtet grell die Situation. Die Kapitalmacht hat nicht nur die Arbeiter sondern auch die Stadt in der Gewalt. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden es sich natürlich nicht nehmen lassen, das Verhalten der Solvaywerke im Gemeinderat zur Sprache zu bringen.

Klein-Rörchetha. Eine seltsame Wendung nimmt jetzt die Affaire Adler, über welche wir gestern berichteten. Infolge einer Aussage des Hofmeisters Hermann Jänicke wurde der pp. Adler am 15. Juli verhaftet, jedoch schon am 22. desselben Monats wieder entlassen, da der pp. Jänicke vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Naumburg erklärte, daß ihm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0007

seine Aussage von zwei Kriminalbeamten abgepreßt worden sei und auch die vollständige Haltlosigkeit der Aussage vom Angeklagten nachgewiesen werden konnte. Es ist infolgedessen Jänicke wegen wissentlich falscher Angabe vor Gericht in Anklagezustand versetzt und gegen die beteiligten Kriminal-Kommissare wegen Erpressung einer Aussage das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden. Das ist ja recht nett!

Erfurt. Durchsteckereien im Landgerichtsgefängnis. Im hiesigen Gerichtsgefängnis wird bekanntlich eine ausgedehnte Zollstahlfabrikation betrieben. Dabei sind nun Unregelmäßigkeiten vorgekommen, welche die Inhaftnahme eines Gefangenenaufsehers zur Folge hatten. Ueber den Umfang der Unregelmäßigkeiten ist den Beamten strengstes Stillschweigen auferlegt; bisher freilich nur mit dem bei solchen Maßnahmen üblichen Erfolge, daß die Affäre ungeheuerlich aufgebauscht wird.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Sitzenroda im Kreise Torgau hat sich der Mühlenbesitzer Cl. in einem Anfalle von Schwermut erhängt. — Andauernde Krankheit veranlaßte auch in Naundorf den Anstreicher Nowotnick, Selbstmord zu begehen. Er schnitt sich die Kehle durch. — Den Versuch, sich zu erhängen, machte in Oelsig ein Häusler R. Man schnitt ihn zwar ab, doch starb er trotz der Bemühungen des Arztes, ihn zum Leben zurückzurufen. — In Nienburg a. S. wurde der Knecht Koch durch den Hufschlag eines Pferdes lebensgefährlich verletzt. — Der Arbeiter Walla erhielt durch einen Schieber der Zentrifuge in der Schafstädter Zuckerfabrik einen Stoß vor die Brust, stürzte hin und starb. — In Gommern wurde der Arbeiter Lyk verhaftet wegen Vergewaltigung — einer Ziege. — In Krondorf im Saalkreis fiel der 4jährige Sohn des Kohlgärtners Thiele vom Rade der Häckselmaschine, wohin ihn aus Scherz ein Knecht gesetzt hatte, in die Messer und es wurde ihm ein Fuß über dem Knöchel völlig abgeschnitten.

Gerichtssaal.

Ferien-Strafkammer.

Halle a. S., 6. August.

Wer am besten reden kann, ist Prima, so äußerte sich der Hüttenmann Friedrich Spengler aus Hettstedt über die Hettstedter freiwillige Feuerwehr. Am Abend des 10. Mai brannte in dem etwa eine halbe Stunde von Hettstedt gelegenen Molmegk ein Gebäude. Die freiwillige Feuerwehr wurde alarmiert, erschien aber leider erst an der Brandstätte, als das Gebäude bereits niedergebrannt war. Das zu späte Eintreffen veranlaßte Entrüstung und Unruhe auf der einen und Heiterkeit und Spott auf der anderen Seite. Als die Feuerwehr unverrichteter Sache wieder abziehen mußte, rief der Hüttenmann Spengler: „Ihr wollt freiwillige Feuerwehr sein, Hampelmänner seid Ihr. Wo es etwas zu fressen und zu saufen giebt, da seid Ihr die ersten, aber hier kommt Ihr zu spät.“ Hierdurch fühlten sich der Brandmeister Nebelung und die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr beleidigt; der Feuerwehrhauptmann Fischer hatte ebenfalls Strafantrag gestellt und erklärte heute vor Gericht: „Wir wollten damit nur erreichen, daß wir unsern alten guten Ruf wieder erschwingen thäten.“ Sonst habe Spengler nichts verbrochen. Der Verhöhner der Feuerwehr wurde vom Hettstedter Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte sprach sich sehr mißliebig über die freiwillige Feuerwehr aus und meinte, wer da am besten reden könne, sei Prima. Die beleidigenden Worte habe er mehr aus Spaß geäußert. Das Gericht kam in der Berufungs-Verhandlung zu der Ansicht, daß eine Gefängnisstrafe nicht angebracht erscheine und ermäßigte die Strafe auf 30 Mark ev. 6 Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Erfolgreich war auch die Berufung des Arbeiters Liebe aus Hettstedt, der vom dortigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte am 3. Februar mit den Arbeitern Johns und Ehrenberg von dem Syldaer Teich Eis geholt, wozu alle drei Personen nicht berechtigt waren. Die andern beiden Thäter sind ebenfalls bestraft. Johns wollte die Erlaubnis zum Eisholen gehabt und Liebe will im guten Glauben gehandelt haben. Das Gericht erachtete die Sache für nicht genügend aufgeklärt, hob das instanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Verworfen wurde die Berufung des Schulknaben August Oertel von Eisleben, der vom dortigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte aus einem Schacht altes Eisen entwendet.

Erhebliche Strafe wegen Urkundenfälschung wurde gegen den Geschäftsreisenden Moritz Schiemetschek aus Oestreich verhängt. Der Angeklagte reiste für die Firma Beckering in Charlottenburg und hatte am 19. und 20. September zwei hiesige Geschäftsleute unter der Abgabe falscher Unterschriften zu Bestellungen erheblicher Quantitäten Essenzen veranlaßt. Der Angeklagte behauptete unschuldig zu sein und führte zu seiner Verteidigung aus, er sei von jener Firma mit festem Gehalt angestellt und die Höhe seiner Provision sei nicht von dem Umfange der Bestellungen abhängig. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis und Verhaftung des Angeklagten, da dieser sich seiner Zeit der Strafverfolgung entziehen wollte und erst steckbrieflich verfolgt werden mußte. Er sei österreichischer Staatsbürger und erscheine fluchtverdächtig. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis und beschloß die Verhaftung des Angeklagten.

Freigesprochen von der Anklage der Körperverletzung mittels Messers wurde der Dienstknecht Albert Kutzner aus Keuschberg. Als die Sache früher schon einmal zur Verhandlung stand, hatte der Angeklagte mitteilen lassen, er könne zur Verhandlung nicht erscheinen, da er kein Reisegeld besitze. Er war deshalb in Haft genommen worden. Als er eines Abends in Vertretung seines Stiefvaters Nachtwächterdienste verlah, bekam er mit einem Arbeiter Kranz Streit. Letzterer erhielt aus einer Kneipe kommend in der Dunkelheit einen Stich durch die Finger in die Brust, so daß nicht unerhebliche Verletzungen veranlaßt wurden. Ein Finger der rechten Hand in infolgedessen steif geworden. Der Angeklagte bestritt mit aller Entschiedenheit, der Thäter gewesen zu sein, und die Beweisaufnahme fiel auch nicht ungünstig für ihn aus. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, aber das Gericht erkannte auf Freisprechung und hob den Haftbefehl auf.

Wegen Nötigung und Vergehens gegen die Gewerbeordnung war der Kolporteur Reinhold Wahren von hier angeklagt. Er hatte in der Nacht vom 14. zum 15. Juli ohne Wandergewerbeschein an der Ecke der Kleinen Ulrichstraße gewerbsmäßig Schauerromane, à Heft 10 Pfg., feilgeboten und soll dabei den Konditor Simon mit Gewalt gezwungen haben, 3 Hefte zu kaufen. Als Simon keine Hefte nehmen wollte, soll der Angeklagte in Begleitung seines Freundes Rennert dem S. Prügel angedroht haben, wodurch S. sich bewegen ließ, 3 Hefte zu nehmen. Das Gericht konnte sich dem Antrage gemäß aber nicht davon überzeugen, daß sich der Angeklagte der Nötigung schuldig gemacht habe und erkannte wegen Gewerbeübertretung auf nur 1 Woche Haft.

Aus dem Reiche.

Berlin. Seine Geliebte und sich selbst erschossen hat Mittwoch im Grunewald bei Paulsborn ein aus München stammender junger Mann Namens Adolf Wiegandt. Er tötete das Mädchen, deren Persönlichkeit bis zur Stunde noch nicht festgestellt ist, durch einen Schuß ins Herz, um hierauf seinem Leben durch zwei Schüsse in die Schläfe ein Ende zu machen. Heute morgen wurden die Leichen der jungen Leute, die sich fest umschlungen hielten, aufgefunden.

— Ein schwerer Fahrstuhl-Unfall hat sich in der Parfümeriefabrik von Gerhardt und Fichtner zugetragen. Der Portier und Fahrstuhlwächter Richardt war mit dem 82jährigen Arbeiter Böhm damit beschäftigt, den elektrisch betriebenen Fahrstuhl einzuschmieren, der sich in Höhe des dritten Stockwerkes befand. Während dieser Zeit brannte die sogenannte Sicherung durch und der Fahrstuhl flog dabei blitzartig nach oben bis zur Dachhöhe. Hierbei wurden die nichtsahnenden beiden Personen zwischen Wand und Stuhl fest eingeklemmt. Herbeigerufene Feuerwehrleute befreiten nach langer Arbeit die beiden Unglücklichen. Böhm war aber bereits tot, während dem Portier beide Beine schwer zerquetscht waren.

Leipzig. Der Mörder des Schulmädchens Anna Klein ist von der Kriminalpolizei in der Person des Optikers Wilhelm Grabich (geboren am 28. Juni 1882 in Leipzig) ermittelt und verhaftet worden. Er hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Frankfurt a. M. Die Schenkungen, die von Privaten unter der Bedingung der Gründung einer Akademie für praktische Medizin gemacht wurden, sollen, wie die Frankf. Ztg. hört, nahezu zwei Millionen Mark betragen.

Jena. Der Einbruch mit Raubanfall auf ein Dienstmädchen eines Arztes, von dem kürzlich berichtet wurde, hat sich als ein plumper Schwindel des Mädchens herausgestellt. Der „Stich“ ist ein völlig belangloser, kaum merkbar und von der „Angefallenen“, die mit dieser ganzen Mordgeschichte einen eigenen Diebstahl hat verschleiern wollen, sich selbst beigebracht. Sie hat bereits ein volles Geständnis abgelegt und das Geld, immerhin 530 M., ist in dem von ihr angegebenen Versteck auf dem hiesigen alten Friedhofe thatsächlich gefunden worden.

Bremerhaven. 55 deutsche Burenkrieger, 7 Offiziere und 48 Mann, welche in Kolombo gefangen gehalten waren, sind mit dem Lloyddampfer Oldenburg heimgekehrt.

Hessisch-Adendorf. Kessel-Explosion. Im Rüggeschen Gasthaus explodierte nachts ein Kessel der Acetylenlichtanlage. Das Haus ist vollständig demoliert, die Nachbarhäuser wurden stark beschädigt. Drei Personen sind verletzt, davon zwei tödlich.

Vermischtes.

* **Ueber Professor Kürschner,** dessen Tod wir vor kurzem gemeldet haben, schreibt unser Nürnberger Parteiorgan: „Kürschner war ganz selbstmade man, er hat sich aus eigener Kraft emporgearbeitet. Aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, bewahrte er ihr bis zu seinem Ende seine Sympathien. Er wurde am 20. September 1854 in Gotha geboren, lernte nach dem Abgang von der Schule vier Jahre als Mechaniker, dann wandte er sich dem Studium zu und besuchte die Universität Leipzig. Schon mit 19 Jahren trat er mit einer schriftstellerischen Arbeit hervor . . . . Wir Sozialdemokraten haben auch noch besonderen Anlaß, des Toten zu gedenken. Wie schon erwähnt, stand er der Arbeiterbewegung sympathisch gegenüber, und das hat er nicht selten auch durch die That bewiesen. Unter dem Sozialistengesetz gab es keine sichrere Deckadresse für das Einschmuggeln verbotener Schriften als die des unverdächtigen Professors Kürschner. Dem großen Buchdruckerstreik im Jahre 1891 hat er als litterarischer Direktor der Verlagsgesellschaft Union insgeheim großen Vorschub geleistet. Seine Thätigkeit hat ihm viele Orden und sonstige höfische Auszeichnungen eingetragen und er mußte auch den Titel „Geheimer Hofrat“ über sich ergehen lassen. Die Leute, die solche Auszeichnungen zu vergeben haben, ahnten nicht, daß sie ihre Gunst an einen „Umwürdigen“ verschwendeten, denn er riß über diese Dinge oft die blutigsten Witze, die keine besondere Hochschätzung von Orden und Titulaturen bekundeten. Auch wir werden sein Andenken in Ehren halten.“

* **Eine Verzweiflungsthat.** Der vor drei Monaten aus Moskau in Wien zugereiste Musiker Eduard Weber und die Deutsche Auguste Geißler sind seit einigen Tagen verschwunden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß beide wegen bitterer Not den Tod in der Donau gesucht und gefunden haben.

* **Dreifacher Kindermord.** Nach einer Meldung aus Graz ertränkte eine Frau Marie Baumann in Sankt Lorenzen (Untersteiermark) aus Kränkung über die Untreue ihres Gatten ihre drei Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in einer Wasserlache. Sie zog darauf die Leichen aus dem Wasser, deckte sie mit Gesträuch zu und stellte sich dem Gerichte.

* **Die Furcht vor dem Einsturze alter Bauwerke** wird nachgerade zu epidemischer Krankheit. So wird aus Paris gemeldet: Die der Seine zugewandte Seite der Notre-Dame-Kirche zwischen dem Pont Archevêque und dem Pont au Double wurde auf Grund alarmierender Nachrichten über eine Senkung der Fundamente sachmännisch untersucht. Thatsächlich bestand eine große Gefahr für einen Teil der Kirche, da die von der Seine umspülten Fundamente arg gelitten hatten. Die Reparaturen wurden sorglich geheim gehalten.

Und aus Kopenhagen: Der Gothenburger Dom, welcher kaum 100 Jahre alt ist, zeigt große Risse und droht einzustürzen. Maßregeln wurden getroffen, um einer Katastrophe vorzubeugen. Und zum Schluß wird aus Benedig vom Mittwoch berichtet: Hier herrscht große Aufregung, weil heute früh vom Turme der Stephanskirche große Steine herabgefallen sind. Die umliegenden Häuser mußten von den Bewohnern geräumt werden. Man will sofort mit der Abtragung des oberen Teiles des Turmes beginnen.

Ueber den Schrecken der Lynchjustiz wird dem Daily News aus Washington geschrieben: „Keine Rasse kann größeres Unrecht erdulden, als die Neger in den Südstaaten Nordamerikas; die ganze zivilisierte Welt würde entsetzt sein, wenn sie nur die halbe Wahrheit erführe. Ein Neger, der am 22. Mai in Texas verbrannt wurde, war zuerst ganz barbarisch gemartert worden. Ehe das Feuer unter ihm angezündet wurde, brannte man ihm die Augen aus. Brennendes Holz wurde ihm an den Hals und an andere Körperteile gehalten, bis seine Kleidung abgebrannt war. Er wurde mit Messern verwundet und gemartert, bis sein Kopf niedersank. Dann wurde das Feuer von dem Gatten der Frau, die behauptet hatte, der Neger hätte sie angegriffen, angelegt. Die Leiden des Bejammernswerten waren schrecklich, und er hat kläglich: „Bitte, Herr weißer Mann, erschießt mich!“ Mehrere tausend Personen waren anwesend, einige Zeitungen sagen sogar 7000. Die Wenigen schrien, die Martern sollten verlängert werden, aber sie wurden durch den Tod des Opfers in 35 Minuten beendet. Sechs andere Neger sind innerhalb weniger Monate verbrannt und ähnlich gemartert worden. Diese Lynch-„Picknicks“ werden allgemein. Was für eine Wirkung üben sie auf Kinder aus, die zu solchen grausamen Szenen mitgenommen werden? Die Leiden der Neger in vereinzelten Sträflingslagern im Süden sind gleichfalls schrecklich. Alles Mögliche, was gegen die Neger gesagt und geschrieben wird, ist erlogen, um die Meinung der Weißen gegen sie zu beeinflussen. Ein gebildeter Negerarzt sagte neulich zu mir: „Unsere ganze Rasse wird danach beurteilt, was einige unwissende, schlechte Neger thun!“ Jede That eines schlechten Negers wird in den Zeitungen übertrieben, während er nicht halb so schuldig sein mag, als die ihn umgebenden Weißen. Als Volk sind die Neger sehr arm. Im allgemeinen sind ihre Wohnungen und ihre Nahrung so mangelhaft, daß sie wenig Lebenskraft besitzen. Sie sterben schnell an Schwindsucht. In den Südstaaten fühlen sie besonders, daß die Hand Kains wegen ihrer Farbe auf ihnen liegt, und sie werden nachlässig und gleichgiltig, was kein Wunder ist. Im Norden haben sie sehr wenige Freunde, unter diesen wenigen befinden sich Präsident Roosevelt und Senator Gallinger aus Neuhampshire.“

Letzte Nachrichten.

Wien, 7. August. Die hiesigen Blätter legen der Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Rußland keine Bedeutung bei. Die Neue Freie Presse sagt, die europäische Politik sei so gefestigt, daß die Völker in der Kaiser-Zusammenkunft kaum mehr als einen Austausch wechselseitiger Sympathien erblicken können; nichts spreche dafür, daß die Geschichte ihr Zukunft die Tage von Rotal auf einem besonderen Blatte vermerken werde.

London, 7. August. Der König hielt gestern abend seinen Einzug in London.

Wakau, 7. August. Unter dem Verdachte, Spionage für den benachbarten Staat begangen zu haben, wurden gestern auf dem Bahnhofe in Przemysl 2 elegant gekleidete Herren verhaftet, deren Namen geheim gehalten werden, sie sollen sich viel in Militärkreisen bewegt haben.

Parteigenossen von Halle u. d. Saalkreis!

Der diesjährige

Kreistag

findet **am Sonntag, den 17. August,** vormittags 11½ Uhr im **Weißen Roß,** Geiststraße 5, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Kreisvertrauensmannes und des Kassierers, sowie der Orts-Vertrauensmänner.
2. Vortrag des Genossen Fritz Kunert über die Thätigkeit des Reichstages.
3. Reichstagskandidatur.
4. Agitation und Organisation.
5. Die Presse.
6. Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Parteitag.
7. Anträge.

Die letzteren sind bis zum 14. August an mich einzureichen.

Der Kreisvertrauensmann:
Ad. Albrecht, Lindenstraße 53.

An die Genossen des Saalkreises

außerhalb Halle richtet der Unterzeichnete das Ersuchen, zu dem bevorstehenden Kreistag Delegierte zu wählen, die die Genossen der einzelnen Orte vertreten. Stehen uns Säle nicht zur Verfügung, dann müssen die Genossen den Delegierten in privaten Besprechungen bestimmen. Ich bitte, die Namen der Gewählten mir möglichst bald mitzuteilen.

Ad. Albrecht, Kreisvertrauensmann
Lindenstraße 53.

Briefkasten der Redaktion.

R., Merseburg. Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten in keiner Weise bezwecken (z. B. gesellige Klubs, Gesang-, Turn-, Sport-Vereine) unterstehen nicht dem Vereinsgesetz, sind also von der Anmeldung nach § 2 des Vereinsgesetzes befreit. Doch hat die Polizeibehörde nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts das Recht, auch bei derartigen Vereinen Einsicht in die Statuten und das Mitgliederverzeichnis zu nehmen.

K., Streckan. Nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die Kündigung bei vierteljährlicher Mietszahlung bis zum dritten Werktage des Vierteljahres zulässig. Dieselbe ist sogar bis 9 Uhr abends zulässig. Liegt ein schriftlicher Vertrag vor, so richtet sich die Kündigung nach dem Vertrage.

Delitzsch. 1. Gut getroffen, aber nicht aufnahmefähig. 2. Nein. Wir haben über dasselbe Thema schon einen größeren Bericht veröffentlicht.

Quittung aus Zeitz.

Für Parteizwecke gingen ein:

Aus Trebnitz 50 Pf. A. Leopoldt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), den 6. August.

Aufgeboten: Bergmann Wiebach und Emma Herz (Gerbstedt). Bildhauer Besser und Sidonie Lobeck (Anhalterstr. 13 und Zeitz). Redakteur Kühn und Walburga Hüther (Halle a. S. und Frankfurt a. O.). Maler Schiepe und Emilie Grosch (Zerbst).

Eheschließung: Sekretär Schulze und Agnes Thamhayn (Königstr. 29).

Geboren: Geschirrführer Makosch S. (Kuttelhof 3). Fischer Hendel T. (Weingärten 36). Maurer Maedicke S. (Schmiedstraße 23). Bäckermeister Fiedler S. (Kl. Steinstr. 4). Bureaugehilfen Neubert S. (Wännerhöhe 58). Zugführer Geitz S. (Schmiedstr. 19). Fleischermstr. Grimm T. (Jakobstr. 46).

Gestorben: Arbeiter Wartmann, 49 J. (Bergmannstrost). Kesselschmieds Lamers T., 5 Mon. (Glaucharerstr. 33). Bergmanns Wahl Ehefrau, 55 J. (Klinik). Arbeiters Oertel S., 9 Mon. (Saalberg 11). Arbeiters Niepraschk T., 3 Mon. (Spitze 13).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 6. August.

Aufgeboten: Arbeiter Beuscher und Martha Beßler (Gr. Brunnenstr. 56). Restaurateur Zimmermann und Olga Hechler (Dederstedt u. Trifftr. 46). Kellner Bach und Klara Müller geb. May (Schleiseweg 5 a).

Geboren: Musiker Gätzschmann S. (Geiststr. 27). Arbeiter Kurth S. (Mötzlicherstr. 6). Korbmacher Renne T. (Adolfstr. 9). Arbeiter Schmidt S. (Feldstr. 8). Arbtr. Malycha T. (Seebenerstraße 52). Arbeiter Gerlach T. (Wörthstr. 6).

Gestorben: Witwe Heimann, 28 J. (Breitestr. 35). Arbeiter Spieler, 51 J. (Jägerplatz 35). Arbeiters Meye S., 2 J. (Feldstraße 4). Inv. Schlossers Staab S., 10 Mon. (Georgstr. 13).

In Kiel.

In Kiel hat sich neulich etwas ereignet.
Man fand den Simplicissimus nicht mehr geeignet,
Die studierende Jugend in Bergnügen zu setzen,
Weil wir die heiligsten Güter verletzen
Ohne jeden Respekt vor der Obrigkeit,
Auch fehlt es in der Religion zu weit.
Und ginge verloren der christliche Sinn,
Ja, wo kämen die Theologen denn hin?
Sie könnten nicht mehr durch das Spiel der Mienen
Wie bisher ihr reichliches Brot verdienen,
Und statt mit den fetten Lippen zu plappern,
Und mit den gottseligen Aeuglein zu klappern,
Statt zwanzig Stunden im Tage zu ruh'n,
Müßten sie eine ehrliche Arbeit thun.
Drum ist es geboten, die Jugend zu warnen,
Auf daß sie nicht etwa sich lasse umgarnen,
Und allmählich beginnen nachzudenken.
Sie sollen den Lehrern Vertrauen schenken,
Sie sollen folgen auf ihren Spuren,
Und werden wie sie, gespickte Auguren.
Ja, ja, die Herrn Professores zu Kiel,
Sie sagten wirklich nicht allzu viel.
Wem die Dummheit der Massen sein Brot verleiht,
Muß trachten, daß sie auch weiter gedeiht.

Peter Schlemihl im Simplicissimus.

Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9½—1½ und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020808-10/fragment/page=0008